

Inhalt

I. Wahlumfragen und -ergebnisse	2
II. Thema: AfD: Albträume im Wunderland	4
III. Thema II: „Corona-Diktatur“	8
IV. Die AfD im Deutschen Bundestag.....	9
V. AfD-Bundespartei	10
VI. Parteiorganisationen und Gruppen.....	11
VII. Die AfD in den Bundesländern und Landesparlamenten	12
VIII. Internationales	21
IX. Entwicklungen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus	22
X. DGB und Gewerkschaften: Aktivitäten, Projekte und Positionen	27
XI. Termine.....	33
XII. Studien, Bücher und Lesetipps	33

Impressum

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Vorstandsbereich 04
verantwortlich:
Anja Piel

Redaktion:
Marc Neumann
Rainer Roeser
Volker Roßocha

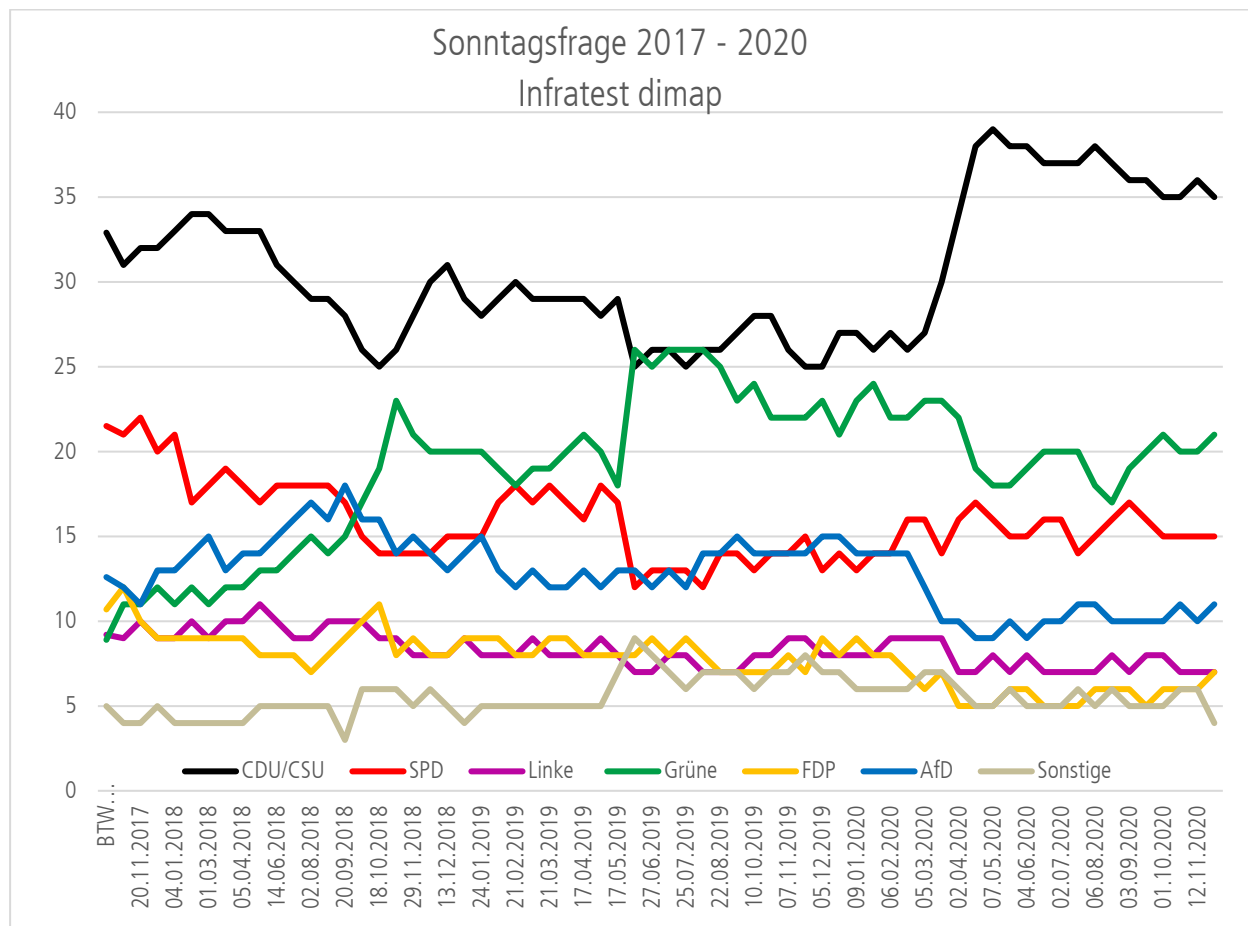
Stand:
24. November 2020

Der „**Monatsbericht**“ ist eine interne Information für den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, die DGB-Bezirke und -Regionen, die Mitgliedsgewerkschaften und gewerkschaftliche Expert_innen. Einbezogen sind Informationen aus dem Zeitraum 26. Oktober bis 24. November 2020 (mit einzelnen Nachmeldungen bis 29. November). Im Monatsbericht enthalten sind Informationen, die uns externe Expert_innen, Mitglieder des Arbeitsstabs der BVV sowie Ansprechpartner_innen der DGB-Bezirke und Gewerkschaften zur Verfügung gestellt haben. Vielen Dank dafür.

Der nächste Monatsbericht erscheint als Doppelausgabe Ende Januar 2021. Einsendungen von Texten und Hinweisen bitte bis zum Redaktionsschluss am 18. Januar 2021. Wir wünschen euch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch – kommt gesund ins neue Jahr!

I. Wahlumfragen und -ergebnisse

Bundestagswahl



Auch weiterhin bleiben die Umfrageergebnisse zur Bundestagswahl relativ stabil. Wäre am nächsten Sonntag Bundestagswahl, könnten CDU und CSU nach wie stärkste Kraft werden und kämen auf 35 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten, so die Sonntagsfrage von Infratest dimap vom 26. November. Zweitstärkste Kraft blieben demnach Bündnis 90/Die Grünen, die auf 21 Prozent kämen und damit leicht zulegen. Unverändert bliebe die SPD auf Platz 3 mit 15 Prozent der Wähler_innenstimmen. Die Zustimmung zur GroKo im Bund bleibt damit stabil bei sehr knappen 50 Prozent.

Im Tabellenkeller ist ebenfalls kaum Bewegung zu verzeichnen. Die Partei Die Linke käme nach wie vor auf 7 Prozent. Immerhin könnte die FDP zum ersten Mal seit März 2020 einen Prozentpunkt zulegen und könnte ebenfalls mit 7 Prozent der Stimmen rechnen. Sonstige Parteien würden zusammen nur noch 4 Prozent auf sich vereinigen können.

Zum zweiten Mal seit dem 6. August (zuletzt am 15. Oktober) könnte die AfD eine symbolische Marke überspringen, sie käme wieder auf 11 Prozent der Stimmen. Der Befragungszeitraum lag allerdings vor dem AfD-Bundesparteitag in Kalkar. Mit „Forsa“ sieht ein Meinungsforschungsinstitut die AfD allerdings nur noch bei 7 Prozent (veröffentlicht am 28. November); andere Demoskopien gehen ebenfalls von lediglich einstelligen Werten aus.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wird am 14. März 2021 ein neuer Landtag gewählt. Laut Sonntagsfrage von Infratest dimap vom 15. Oktober würden hier Bündnis 90/Die Grünen mit 34 Prozent (Landtagswahl 2016: 30,3 Prozent) stärkste Kraft. Die CDU käme auf 29 Prozent (27 Prozent), sodass die grün-schwarze Koalition fortgesetzt werden könnte. SPD (12,7 Prozent) und AfD (15,1 Prozent) lägen mit jeweils 11 Prozent gleichauf. Die FDP käme auf 6 (8,3) Prozent und die Linkspartei würde mit 4 Prozent das letzte Ergebnis (2,7 Prozent) übertreffen. Sonstige Parteien zusammen kämen auf 5 (3,7) Prozent.

Eine jüngere Umfrage von „Insa“ vom 19. November sieht die CDU bei 31, die SPD bei 11, Grüne bei 29, FDP bei 7, Linkspartei bei 5, die AfD bei 12 und sonstige Parteien bei 5 Prozent.

Rheinland-Pfalz

Ebenfalls am 14. März 2021 wird das Landesparlament in Mainz gewählt. Die letzte Sonntagsfrage von Infratest dimap vom 10. September sieht hier die SPD mit 26 Prozent (LTW 2016: 36,2 Prozent) nur noch auf dem zweiten Platz. Die CDU könnte demnach mit 34 (31,8) Prozent rechnen. Bündnis 90/Die Grünen würden sich massiv verbessern, nämlich von nur 5,3 Prozent auf nun 17 Prozent. Die AfD würde 9 (12,6) Prozent erreichen und schnitte damit deutlich schlechter ab als vor fünf Jahren. Die FDP käme auf 6 (6,2) Prozent, die Partei Die Linke auf 4 (2,8) Prozent. Alle sonstigen Parteien lägen bei 4 (4,2) Prozent.

In Rheinland-Pfalz hat ebenfalls das Institut „Insa“ eine jüngere Befragung durchgeführt, die am 21. Oktober veröffentlicht wurde. Die Prognosen: CDU 33, SPD 27, Grüne 14, FDP 5, Linkspartei 5 und AfD 10 Prozent. Die Freien Wähler kämen demnach auf 3, alle weiteren sonstigen Parteien ebenfalls auf 3 Prozent.

Thüringen

Neuwahlen zum Landtag stehen am 25. April 2021 auf der Agenda. Die letzten Befragungen im Auftrag mehrerer Tageszeitungen fanden durch das Institut Insa statt (die letzte Infratest-Umfrage datiert hingegen vom 6. August). Die Zahlen sind daher möglicherweise mit Vorsicht zu genießen. Laut Sonntagsfrage vom 6. November würde die Partei Die Linke mit 33 Prozent der Stimmen klarer Wahlsieger (LTW 2019: 31 Prozent). Den zweiten Platz würden sich CDU

(21,7 Prozent) und AfD (23,4 Prozent) teilen und kämen auf jeweils 22 Prozent. Die SPD käme auf 9 (8,2), die Grünen auf 6 (5,2) und die FDP auf 5 (5) Prozent. Sonstige Parteien könnten zusammen auf 3 (5,1) Prozent der Stimmen kommen. Die FDP wäre damit erneut im Landtag vertreten; das sah im Monat zuvor noch anders aus.

II. Thema: AfD: Albträume im Wunderland

Es sollte der „Sozialparteitag“ werden. Es wurde der Parteitag, von dem eine Wutrede des Vorsitzenden und der anschließende Versuch, ihn zu demontieren, in Erinnerung bleiben werden.

Eigentlich hatte die AfD zeigen wollen, dass sich ihre Kraft nicht nur im Dagegen erschöpft. Nicht nur darin, gegen den Euro, gegen die EU, gegen Geflüchtete und den Islam, gegen Klimaschutz und zuletzt auch gegen die Beschränkungen in Zeiten von Corona zu sein. Als „Sozialparteitag“ war das Zusammentreffen ihrer Delegierten im Kalkarer „Wunderland“ angekündigt. Nach jahrelangen Diskussionen sollte ihr Parteitag Elemente einer AfD-Sozialpolitik mit dem lange erwarteten Rentenkonzept und Aussagen zur Gesundheitspolitik im Mittelpunkt beschließen.

Die um die 500 Delegierten taten das zwar auch mit satten 88,6 Prozent. Doch die Hoffnung, sich als sachkompetente Partei präsentieren zu können, ging nicht auf. Die Schlagzeilen der Medien und die Diskussionen unter den an den Niederrhein gereisten AfDlern bestimmte ein ganz anderes Thema: Jörg Meuthens mal Wut-, mal Brandrede genannte Philippika gegen seine Kritiker in den eigenen Reihen und die tags darauf folgende, öffentlich zelebrierte Schlamm-schlacht gegen den Bundessprecher.

„Politkasperle“

Wie sehr Intrigantentum, gegenseitige Ablehnung und Feindschaften das Klima in der Partei bestimmen, das konnte schon vorher wissen, wer sich mit den Innereien der AfD beschäftigt. Doch selten in der Geschichte der AfD – wohl nur in der Endphase der Ära Bernd Lucke – hat ein Parteichef öffentlich so schonungslos mit den Gegnern in den eigenen Reihen abgerechnet wie Jörg Meuthen an diesem Samstagnachmittag in Kalkar.

„Wir werden nicht mehr Erfolg erzielen, indem wir immer aggressiver, immer derber, immer enthemmter auftreten“, wettete Meuthen und schimpfte auf jene in der Partei, die sich wie „pubertierende Schuljungen“ oder „Politkasperle“ aufführten, „die nur allzu gerne rumkrakeelen und rumprollen“ würden. Viele unreife Mitglieder „bis hin zu hohen Mandats- und Amtsträgern“ würden sich verhalten „wie trotzig Pubertierende mit Lust an billiger, zuweilen regelrecht flegelhafter Provokation, in der sie sich auch noch geradezu selbstverliebt gefallen“.

Ums Image besorgt

„Das kann und darf so keinesfalls weitergehen“, warnte Meuthen: „Entweder wir kriegen hier die Kurve, und zwar sehr entschlossen und sehr bald. Oder wir werden als Partei in keineswegs ferner Zukunft in ganz, ganz schwere See geraten und gegebenenfalls scheitern.“ Die AfD dürfe sich ihre parlamentarische Arbeit nicht „von denen kaputtmachen lassen, die eher von Systemwechsel und außerparlamentarischer Opposition schwärmen“. Meuthen weiter: „Wer gerne weiter Revolution oder Politikasperle spielen will, kann und sollte das woanders tun, aber nicht in der AfD.“

Aktuell stört er sich insbesondere am Bild, das die Partei in der Corona-Krise vermittelt. Die Corona-Politik der Regierung könne man ruhig kritisieren. „Aber“, so Meuthen, „ist es wirklich klug, von einer Corona-Diktatur zu sprechen?“ Die Antwort gab er sich selbst: „Wir leben in keiner Diktatur, sonst könnten wir diesen Parteitag auch heute wohl kaum so abhalten.“

„Nicht einmal das Geradeausdenken funktioniert“

Auch bei der Wahl von Bündnispartnern empfahl er mehr Sorgfalt: Bei den „Querdenkern“ gebe es „nicht ganz wenige Zeitgenossen, deren skurrile, zum Teil auch offen systemfeindlichen Positionen und Ansichten den Verdacht nahelegen, dass bei ihnen tragischerweise noch nicht einmal das Geradeausdenken richtig funktioniert, geschweige denn echtes Querdenken“.

Am Ende der Rede war bereits klar, dass das Treffen in Kalkar nicht als „Sozialparteitag“ in die Geschichte der AfD eingehen würde, sondern als Parteitag, bei dem einem der Vorsitzenden die Hutschnur platzte. Die eine Hälfte des Saales jubelte. Von der anderen Hälfte gab's wahlweise Buh-Rufe und rote Karten oder aber konsterniertes Schweigen. Längst sind es zwei völlig verschiedene Parteien, die sich unter dem Dach der einen AfD mehr schlecht als recht und eher notgedrungen sammeln.

Bismarck-Nostalgie und Unterwanderungsvorwürfe

Da keine Aussprache vorgesehen war, zog es jene, die sich von Meuthens Tadel angesprochen fühlen durften, erst einmal vor die Mikrofone und Kameras. Vorneweg Alexander Gauland. Ihn hatte Meuthen, ohne ihn beim Namen zu nennen, besonders gerüffelt: Es reiche nicht aus, einander zu versichern, dass man konservativ sei, hatte der Parteichef gesagt. „Einige in unseren Reihen scheinen darunter ein Zurück ins Gestern zu verstehen, fühlen sich bei Bismarck zu Hause und verehren geradezu schwärmerisch diese historische Figur“. Meuthen: „Das Gestern ist vergangen und wird nicht wiederkommen.“

Bismarck-Verehrer Gauland konterte: Teilweise halte er die Rede für „spalterisch“. Alles in allem attestierte er Meuthen „zu viel Verbeugung vor dem Verfassungsschutz“. Noch deutlicher äußerten sich zwei andere AfD-Politiker. Meuthens baden-württembergischer Intimfeind Dubravko Mandić befand, der Parteichef bediene „fremde Interessen:

die Interessen des Staates“. Sachsen-Anhalts Landesvize Hans-Thomas Tillschneider sprach gar von einer „Kriegserklärung an die eigene Partei“.

Geschrei und Beschimpfungen

Erwartbar war, dass ein Gegenschlag vor versammeltem Publikum folgen würde. Am Sonntagmittag war es soweit. Meuthens Gegner setzten mit knapper Mehrheit durch, dass ein Antrag diskutiert wurde, der schon im Vorfeld des Parteitags für Aufsehen gesorgt hatte. „Der Bundesparteitag“, so hieß es in dem von Mandics Freiburger Kreisvorstand eingereichten Antrag, „missbilligt das spalterische Gebaren von Bundessprecher Jörg Meuthen und seinen Parteigängern. Er stellt fest, dass der Absturz in der Wählergunst kausal genau damit zusammenhängt“.

Es folgten zwei Stunden mit Geschrei, Beschimpfungen und langen Schlangen an den Saalmikrofonen – zwei Stunden, in denen die AfD in den Abgrund blickte. Schäbig sei Meuthens Rede gewesen, befand der NRW-Landtagsabgeordnete Christian Blex. Meuthen habe sein Rederecht als Vorsitzender missbraucht, meinte die Brandenburgerin Birgit Bessin. „Herr Dr. Meuthen, Ihre Zeit in der AfD ist vorbei“, donnerte der Thüringer Bundestagsabgeordnete und Höcke-Vertraute Jürgen Pohl. Parteivize Stephan Brandner warf Meuthen vor, einen „Torpedo“ gegen die AfD gezündet zu haben: „Du spaltest die Partei!“

„Seid ihr denn des Wahnsinns?!“

Manches erinnerte in diesen zwei Stunden an den tumultösen AfD-Parteitag vor fünf Jahren in Essen, der im Abgang des damaligen Vorsitzenden Lucke gipfelte. Ein ums andere Mal versuchten Meuthens Anhänger, mit Geschäftsordnungsanträgen das Scherbengericht zu unterbinden. „Seid ihr denn des Wahnsinns?!“, hatte der Brandenburger MdB Norbert Kleinwächter gefragt und vor einer Beschädigung des Bundessprechers gewarnt. „Wir zünden gerade unser eigenes Haus an“, rief der Kölner AfD-Kreischef Christer Cremer in den Saal. NRW-Landeschef Rüdiger Lucassen attestierte Meuthen, „Klartext“ gesprochen zu haben. Frank-Christian Hansel lobte den Parteichef ebenfalls: „Wir haben gestern etwas erlebt, was wir jahrelang nicht hatten: Führung. Wir sind ab heute wieder wählbar.“

Essen wiederholte sich nicht. Während damals – es war ein Mitgliederparteitag – die Stimmung immer weiter eskalierte, vermied der Parteitag in Kalkar den größten anzunehmenden Unfall. Zwei, drei Dutzend Delegierte schwenkten um. Aus der anfänglichen knappen Mehrheit gegen Meuthen wurde eine knappe Mehrheit für Meuthen. Mit 53 zu 47 Prozent brachten seine Anhänger die öffentliche Demontage vom Tisch.

Riss geht mitten durch die Partei

Nicht nur dieses Abstimmungsergebnis brachte es an den Tag: Der Riss durch die AfD spaltet die Partei in zwei annähernd gleich große Lager. Schon am Abend zuvor hatte sich das ganz ähnlich gezeigt. Meuthens Lager hatte zwar

alle drei Kandidaten für die offenen Positionen im Bundesvorstand durchgesetzt, doch nur mit sehr knappen Ergebnissen. Neuer Schatzmeister wurde Carsten Hütter. Er setzte sich gegen „Flügel“-Mann Emil Sänze durch. Hütter kam auf 50,9 Prozent. 261 Delegierte stimmten für ihn, gerade einmal vier mehr als nötig.

Noch knapper kam der neue stellvertretende Schatzmeister Christian Waldheim ins Ziel. Für ihn votierten in der Stichwahl gegen Harald Weyel 50,1 Prozent: 260 Delegierte, exakt so viele wie verlangt wurden. In die Stichwahl musste auch Joana Cotar, die den durch den Kalbitz-Rauswurf freigewordenen Beisitzerposten übernimmt. Gegen Maximilian Krah kam sie auf 51,7 Prozent. 266 Delegierte gaben ihr die Stimme, lediglich sieben mehr als erforderlich.

Erosion im Westen

Seine Mehrheit im Parteivorstand konnte Meuthen damit ausbauen. Doch dort droht ihm ohnehin keine Gefahr. Gefährlicher dürfte eine Erosion in den Landesverbänden sein. In Ostdeutschland bekommt er ohnehin keinen Fuß an den Boden. Aber auch in den westdeutschen Landesverbänden – das legen die Abstimmungsergebnisse von Kalkar nahe – sind an die 40 Prozent der Mitglieder mittlerweile seines Kurses überdrüssig.

Der Streit über unterschiedliche Radikalisierungsstrategien wird weitergehen. Auf der einen Seite stehen die, die sich „bürgerlich“ nennen, mit Bürgerlichkeit freilich wenig im Sinn haben. In Brüssel macht es ihnen nichts aus, mit den Parteien von Marine Le Pen und Matteo Salvini oder mit Österreichs „Freiheitlichen“ gemeinsame Sache zu machen. Dass sich der Verfassungsschutz intensiver mit ihnen befasst, wollen sie jedoch unbedingt vermeiden. Und sie träumen davon, dass sie eher früher als später – ähnlich der FPÖ in Österreich – als „regierungsfähig“ akzeptiert werden.

Disziplin ist keine AfD-Tugend

Auf der anderen Seite stehen die, die auf Opposition setzen und auf das Bündnis mit der Straße, aktuell mit den „Querdenkern“. Der Verfassungsschutz ist für sie nur ein Herrschaftsinstrument und „Regierungsschutz“. In ihren Augen verwischt Meuthens Seriositätssimulation die Unterschiede zu den „Etablierten“ und ist Ursache sinkender Wahlergebnisse und schwächelnder Umfragewerte.

Manche in der AfD hoffen, dass das Superwahljahr 2021 mit Abstimmungen für sechs Landesparlamente und der Wahl des Bundestages eine disziplinierende Wirkung entfaltet. Doch eine Garantie dafür gibt es in dieser Partei nicht – im Gegenteil. Disziplin, so oft Meuthen sie in Kalkar auch verbal angemahnt hat, ist keine Grundtugend in der AfD. Eher zählen Missgunst und Hass zu den Parteitugenden – zuweilen auch gegen „Parteifreunde“ gerichtet.

Gegendemonstrationen

Laut dpa-Angaben hatten rund 500 Menschen am Samstag gegen den Bundesparteitag der AfD protestiert. Zu der Kundgebung hatte das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ aufgerufen, und Bundestagsabgeordnete fast

aller Parteien meldeten sich auf der Kundgebung zu Wort. Die Veranstaltung sei am frühen Samstagnachmittag friedlich zu Ende gegangen, teilte die Polizei im Anschluss mit. Die WAZ berichtete: „Es sind Vertreter aller Parteien da, für die SPD unter anderem Ex-Ministerin Barbara Hendricks, Gewerkschafter, Omas gegen Rechts und Antifa-Leute. Die Menge bleibt diszipliniert, hält sich an Abstandsgebote und Maskenpflicht. Eine Frau ärgert sich über die ‚Super-spreader von Hetze, Hass und Coronaviren‘ im Wunderland Kalkar.“¹

III. Thema II: „Corona-Diktatur“

Nach Euro, Flucht, Islam und Klima soll der Kampf gegen Corona-Beschränkungen zum zentralen Thema der AfD werden. „Die Kanzlerin hat eine Art Kriegskabinett gegründet“, warf Fraktionschef Alexander Gauland bei einer Veranstaltung in Cottbus Angela Merkel vor.² Im Bundestag sprach er von einer „Corona-Diktatur“. Deutschland habe seine Freiheit zu mühselig errungen, „als dass wir sie an der Garderobe eines Notstandskabinetts abgeben“.³ Gauland forderte statt des ‚Lockdown light‘ differenziertere Maßnahmen, etwa zum besonderen Schutz von Risikogruppen. Menschen, für die das Coronavirus nicht so gefährlich sei, dürfe man dagegen nichts verbieten. „Wir müssen abwägen, auch um den Preis, dass Menschen sterben.“ Seine Ko-Vorsitzende Alice Weidel nannte die von Bund und Ländern beschlossenen neuen Corona-Einschränkungen „völlig überzogen“.⁴ Der AfD-Abgeordnete Sebastian Münzenmaier sah in der Parlamentsdebatte die Bundesrepublik auf den Weg „in einen totalitären Staat“. Mit Blick auf geschlossene Gaststätten und Reiseverbote warf der Vorsitzende des Tourismus-Ausschusses der Bundesregierung vor, „Existenzen zu zertrümmern“.⁵

In einem Papier aus der Strategieabteilung der AfD-Bundestagsfraktion heißt es, der Unmut in den betroffenen Gruppen sei groß, weil die beschlossenen Maßnahmen wirtschaftliche und soziale Probleme zur Folge haben würden. „Es wächst möglicherweise auch die Bereitschaft für neue politische Perspektiven.“⁶ Kritik der besonders betroffenen Branchen könne „einer von der AfD geführten Debatte die Tür zu breiteren gesellschaftlichen Schichten öffnen, die für solche Argumente bisher nicht zugänglich waren“. Dabei rät die Strategieabteilung, klar im Ton, aber nicht zu radikal aufzutreten – um ernstgenommen zu werden und um die AfD als „seriös“ erscheinen zu lassen. Die Empfehlung, allzu radikale Töne zu vermeiden, resultiert auch aus der Erkenntnis, dass in der eigenen Anhängerschaft die Meinungen in Sachen Corona auseinandergehen. Die Autoren des Papiers schreiben, es konkurriere „die Furcht vor einer Ansteckung mit der Furcht vor existenziellen Risiken“. Nach einer aktuellen Umfrage halten

1 <https://www.waz.de/politik/landespolitik/hunderte-demonstrieren-in-kalkar-gegen-den-afd-parteitag-id231006782.html>

2 <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/10/afd-querdenker-teil-lockdown-corona-krise-brandenburg-berlin.html>

3 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/corona-beschluesse-angela-merkel-alexander-gauland-kritik-opposition>

4 <https://www.onvista.de/news/afd-lehnt-corona-regeln-ab-gauland-spricht-von-kriegskabinett-407203087>

5 <https://www.stern.de/politik/deutschland/das-irrliefern-der-afd-in-der-corona-debatte-9471782.html>

6 <https://www.tagesschau.de/inland/afd-corona-101.html>

lediglich 14 Prozent der Deutschen die Einschränkungen des Teil-Lockdowns im November für übertrieben. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen fanden 54 Prozent der AfD-Anhänger gut – eine Mehrheit zwar, aber nur eine knappe.⁷

Festhalten will die AfD auch unter den Bedingungen eines ‚Lockdown light‘ an ihren Parteitageplanungen. Bayerns AfD-Chefin Corinna Miazga sagte, man wolle mit solchen Veranstaltungen auch ein Zeichen gegen die Corona-Politik setzen. Man könne damit die eigene „Glaubwürdigkeit“ stärken.⁸ Die AfD hofft, in eine Win-Win-Situation zu gelangen: Dürfen die Parteitage stattfinden, hätte sie gezeigt, dass solche Veranstaltungen auch in Zeiten einer schweren Gesundheitskrise durchgeführt werden können. Würden sie untersagt, könnte sich die AfD einmal mehr als „unterdrückte“ Partei präsentieren. So oder so ist ihre mediale Präsenz garantiert.

IV. Die AfD im Deutschen Bundestag

- 19 Abgeordnete der AfD und neun Mitarbeiter der Fraktion **klagen gegen die Maskenpflicht im Bundestag**.⁹ Gegen eine Verfügung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) haben die Abgeordneten das Bundesverfassungsgericht angerufen, ihre Mitarbeiter wenden sich an das Verwaltungsgericht in Berlin. Seit dem 6. Oktober muss in allen Gebäuden des Bundestags ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden. Abgeordnete können ihn aber abnehmen, wenn sie im Plenarsaal und in Sitzungsräumen Platz genommen haben oder am Redepult stehen. Die AfD argumentiert, Schäuble habe zwar das Hausrecht. Dieses erstrecke sich aber nicht auf die Frage, in welcher Bekleidung die Abgeordneten ihr Mandat ausübten. Seine Verfügung greife auch in nicht zu rechtfertigender Weise in die Abgeordnetenrechte ein. Zudem gebe es keine wissenschaftliche Grundlage für das Maskentragen.
- Die Thüringer Ärztekammer hat ein berufsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Arzt und AfD-Bundestagsabgeordneten **Robby Schlund aus Gera** eingeleitet.¹⁰ Schlund hatte bei einer Demonstration gegen Corona-Maßnahmen Ende August in Berlin Plakate getragen, auf denen der Virologe Christian Drosten und der SPD-Politiker Karl Lauterbach in Sträflingskleidung mit dem Hinweis „schuldig“ zu sehen waren. Die ärztliche Berufs-

7 https://www.nwzonline.de/politik/mannheim-politbarometer-mehrheit-befuerwortet-beschaerkungen_a_50,10,3649254408.html

8 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/landkreis-roth-ringen-um-afd-parteitag-1.5114102>

9 <https://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-schaeubles-anordnung-afd-klagt-auf-breiter-front-gegen-maskenpflicht-im-bundestag/26606800.html>

10 <https://www.mdr.de/thueringen/verfahren-aerztekammer-roby-schlund-100.html>
<https://www.zeit.de/news/2020-10/21/aerztekammer-ermittlungsverfahren-gegen-afd-abgeordneten>

ordnung verpflichtet Mediziner_innen, sich untereinander kollegial zu verhalten: „Unsachliche Kritik an der Behandlungsweise oder dem beruflichen Wissen einer Ärztin oder eines Arztes sowie herabsetzende Äußerungen sind berufswidrig.“ Als mögliche Sanktionen kommen Rügen, Geldstrafen und im Extremfall der Entzug der Approbation infrage. Schlund betreibt eine Praxis für Orthopädie und Sportmedizin in Gera.

- Die AfD hat mit **Frank Pasemann** erstmals einen Bundestagsabgeordneten **aus der Partei ausgeschlossen**.¹¹ Das Bundesschiedsgericht bestätigte Mitte November die Entscheidung des Landesschiedsgerichts in Sachsen-Anhalt. Pasemanns Widerspruch gegen den Ausschluss sei unzulässig, da er nicht innerhalb der geltenden Frist begründet worden sei, befanden die Bundesschiedsrichter. Unter anderem war ihm vorgeworfen worden, eineinhalb Jahre lang seine Mandatsträgerabgabe nicht gezahlt zu haben. Zudem habe er sich antisemitisch geäußert. Pasemann, der im Oktober erneut als Direktkandidat im Bundestagswahlkreis Magdeburg nominiert worden war, wird dem „Flügel“ zugerechnet.

V. AfD-Bundespartei

- (Stand: vor Parteitag) Der AfD-Bundesparteitag am letzten November-Wochenende kann offenbar stattfinden. Das **Ordnungsamt Kalkar** gab am 10. November grünes Licht. Am Tag zuvor war eine Einschätzung des NRW-Gesundheitsministeriums bekannt geworden. Auch wenn die Veranstaltung nach der Corona-Schutzverordnung des Landes eigentlich nicht stattfinden könnte, überwiegt nach Ansicht des Ministeriums ein **„übergeordnetes Interesse“**. Gegen eine mögliche Untersagung des Parteitags hatte Ko-Parteichef Jörg Meuthen mit einer **Klage vor dem Verwaltungsgericht** gedroht. Die AfD will nun noch die Auflage, auch am Sitzplatz eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, juristisch anfechten. Bei dem Parteitag sollen zwei Mitglieder des Bundesvorstands nachgewählt werden. Außerdem stehen Anträge zur Sozialpolitik auf der Tagesordnung.
- (Stand: vor Parteitag) Die AfD-Chefs Jörg Meuthen und Tino Chrupalla stehen hinter einem Antrag für den Parteitag in Kalkar, der die **Erprobung eines „Staatsbürgergeldes“ und anderer Grundeinkommensmodelle** fordert. Das „Staatsbürgergeld“ orientiert sich an Vorstellungen, die René Springer, der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD im Bundestag, vorgelegt hat. Das Konzept sieht vor, dass jeder Deutsche 500 Euro vom Staat bekommt. Nicht-Deutsche sollen weiterhin einen Antrag stellen müssen, um nach einer Bedürftigkeitsprüfung Sozialleistungen zu beziehen. Bei einem Jahreseinkommen bis zu 250.000 Euro sieht das Modell einen Steuersatz von 25 Prozent vor. Auf Einkünfte darüber wären 50 Prozent Einkommensteuer zu zahlen. Gestrichen

11 <https://www.zeit.de/news/2020-11/15/afd-schliesst-bundestagsabgeordneten-pasemann-aus> <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagsabgeordneter-afd-schliesst-pasemann-aus-1.5115740>

werden sollen u. a. Sozialleistungen wie Hartz IV, Grundsicherung im Alter, Sozialgeld, Sozialhilfe, BAföG, Elterngeld und Kindergeld. Chrupalla unterstützte zwar einen Test, ging inhaltlich aber auf Distanz: Der Vorschlag komme „aus dem Zentrallabor des Neoliberalismus“.

Die US-Wahl hat zu neuem Streit in der AfD geführt.¹² Kurz nachdem US-Medien berichtet hatten, Biden werde neuer Präsident, schrieben die Fraktionschefs Alexander Gauland und Alice Weidel: „Wir wünschen dem künftigen Präsidenten (...) Joe Biden alles Gute für die vor ihm liegenden Aufgaben in seinem wichtigen Amt.“ Dafür erteteten sie Kritik aus der Fraktion. „Voreilige Glückwünsche (...) verbieten sich. Zuviel stinkt bei den Machenschaften der ‚Demokraten‘“, schimpfte Jürgen Braun. Wer „grundlos bereits jetzt“ Glückwünsche an Biden sende, „hat entweder keinen blassen Schimmer von der historischen globalen Dimension der aktuellen politischen Situation oder er will sich seine pfründegefüllten Schlüsselchen rechtzeitig sichern“, monierte Martin Renner. Markus Frohnmaier dekretierte: „Keine Glückwünsche für den globalistischen Wahlbetrüger Joe Biden.“ Ko-Bundessprecher Jörg Meuthen stimmte in den Chor der Kritiker ein: Es sei „Zeit für Ruhe und Gelassenheit statt für voreilige Glückwünsche“.

VI. Parteiorganisationen und Gruppen

- Vier Bundestags- und Landtagsabgeordnete der AfD haben ihre umstrittene **Reise nach Berg-Karabach** (siehe Monatsbericht Oktober) mit dem Interesse an einer Aufklärung über die Hintergründe des blutigen Konflikts gerechtfertigt.¹³ Er sehe dort nicht nur einen lokalen militärischen Konflikt, sondern einen „Versuch des Strebens nach einem neo-osmanischen Reich“, sagte MdB Stefan Keuter. Darauf wolle er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit lenken. Zu der Delegation hatten die Bundestagsabgeordneten Keuter und Steffen Kotré sowie die Landtagsabgeordneten Andreas Galau und Andreas Kalbitz gehört. Kalbitz, dessen Mitgliedschaft in der Partei von ihrem Bundesvorstand annulliert worden war, erklärte: „Meine Solidarität gilt dem armenischen Volk und seinen tapferen Verteidigern, die auch stellvertretend für den Kampf christlicher Kulturräume gegen die islamische Expansion stehen.“ Berg-Karabach führe einen Krieg „auch für uns, für die ganze westliche freie Welt“.

12 <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/r-ffel-f-r-afd-fraktionsspitze>
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/us-wahlen-afd-biden-trump-streit-100.html>
<https://taz.de/AfD-streitet-ueber-Joe-Biden/!5726954/>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus219688780/USA-Was-hinter-dem-AfD-Furor-ueber-Trumps-Abwahl-steckt.html>

13 <https://www.n-tv.de/politik/AfD-Politiker-verteidigen-umstrittene-Reise-article22120646.html>
<https://web.de/magazine/politik/afd-reise-berg-karabach-suedkaukasus-krieg-recherche-35214116>

- Die AfD-Abspaltung „**Liberal-Konservative Reformer**“ (**LKR**) ist nun mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten.¹⁴ Anfang November trat der fraktionslose Parlamentarier **Mario Mieruch** der LKR bei. Mieruch hatte bereits im Spätsommer 2017 die AfD gemeinsam mit Frauke Petry verlassen. Das Bundestagsmitglied Uwe Kamann fungiert mittlerweile als stellvertretender Vorsitzender der „Liberal-Konservativen Reformer“. Er war im Dezember 2018 bei der AfD ausgetreten und vor zwei Monaten bei den LKR Mitglied geworden.

VII. Die AfD in den Bundesländern und Landesparlamenten

Baden-Württemberg

- Die AfD will bei einem **Präsenz-Parteitag am 12. und 13. Dezember** in der Messe Stuttgart die Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen.¹⁵ Nach fast einjähriger Suche und zahllosen politisch motivierten Absagen sei es dem Landesvorstand endlich gelungen, einen Veranstaltungsort für die landesweite Mitgliederversammlung zu finden, heißt es in einem Schreiben an die Mitglieder. Man rechne mit 800 oder 900 Teilnehmern. AfD-Fraktionssprecher Thomas Hartung begrüßte die Entscheidung für einen Präsenzparteitag.¹⁶ „**Ich bin Fan der Durchseuchungstheorie**“, sagte er. Ansteckungen würde er billigend in Kauf nehmen. „Es ist nicht Aufgabe der Regierung, das Volk vor dem Tod zu schützen.“ Anfang nächsten Jahres will der Landesverband sein Programm für die Landtagswahl beschließen und einen Spitzenkandidaten küren. Das soll vermutlich bei einem Online-Parteitag geschehen. Damit könne man eine sechsstellige Summe sparen, heißt es in dem Schreiben an die Mitglieder.
- Die Landtagsabgeordnete **Doris Senger** ist aus der AfD-Fraktion im Landtag ausgetreten.¹⁷ Senger erklärte, sie wolle ihr Mandat nun als fraktionslose Abgeordnete ausüben. Sie könne die Politik der Leute des aufgelösten

14 <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-berlin-lkr-hat-zwei-abgeordnete-im-bundestag-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201108-99-254952>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/juergen-todenhoefer-und-seine-neue-partei-die-kleinen-populisten-a-d4af3bf0-7452-48f2-884a-9540435ca685>

15 <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.messehalle-in-stuttgart-trotz-corona-afd-will-praesenz-parteitag-in-stuttgart-abhalten.fe26a7fe-d639-4e13-8924-181a6e1f3396.html>

16 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.massenveranstaltung-trotz-corona-afd-parteitag-mit-praesenz.0e1d5614-99b1-4947-b811-0217fa1138fd.html>

17 <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.doris-senger-verlaesst-partei-donaueschingerin-erklaert-austritt-aus-afd-fraktion.281791c3-9dc4-445a-9c3e-cebbd53bbd34.html>
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/austritt-afd-fraktion-senger-100.html>

rechtsextremen „Flügels“ in der Fraktion nicht mehr mittragen. Die „Flügel“-Gegnerin war nach internen Querelen nicht mehr als Kandidatin für die nächste Landtagswahl im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen nominiert worden. In einer Kampfabstimmung unterlag sie ihrem Abgeordnetenkollegen Rüdiger Klos. Fraktionsvize Emil Sänze forderte Senger auf, ihr Landtagsmandat an die Partei zurückzugeben und aus der Partei auszutreten. Mit ihrem Austritt schrumpft die AfD-Fraktion weiter: Anfangs waren es 23 Abgeordnete, nun sind es nur noch 15.

- Nach seinem Aufruf, die Bundesregierung mit Gewalt zu stürzen ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz gegen den Landtagsabgeordneten **Stefan Räßle**.¹⁸ Seine Immunität wurde mittlerweile aufgehoben. Räßle hatte Ende September bei einer Demonstration in Mainz gesagt: „Wir brauchen eine Masse auf den Straßen, und wir müssen die Regierung zuallererst stürzen, und zwar mit Gewalt! Es geht nicht gewaltfrei!“ Man müsse sich „gewaltsam Zutritt zum Kanzleramt verschaffen“ und die „Regierungsstuben räumen!“ Wenige Tage nach seinem Demo-Auftritt hatte die Landtagsfraktion angekündigt, Räßle mit sofortiger Wirkung auszuschließen. Anfang November wurde er freilich immer noch als deren Mitglied geführt.¹⁹ Erst am 11. November teilte die AfD-Fraktion mit, dass Räßle ihr nun nicht mehr angehöre.²⁰
- Der AfD-Rechtsausleger **Dubravko Mandić** tritt bei der Landtagswahl im kommenden Jahr im Wahlkreis Lörrach an.²¹ Bei der Aufstellungsversammlung des Kreisverbandes setzte sich Mandić, der auch dem Freiburger Stadtrat angehört, bereits im ersten Wahlgang gegen zwei Konkurrenten durch. Der AfD-Landesvorstand will gegen ihn eine zweijährige Ämter Sperre erwirken. Kandidaturen für öffentliche Ämter sind davon jedoch nicht betroffen. Unterdessen wurde Mandić vom Amtsgericht Schwabach zu einer Geldstrafe wegen Nötigung verurteilt.²² Er habe 2019 einer Journalistin bei einem AfD-Treffen in Greding das Handy aus der Hand gerissen, befand das Gericht. Mandić muss eine Geldstrafe in Höhe von 60 Tagessätzen á 120 Euro zahlen.
- AfD-Landesschatzmeister **Peter Gremminger** ist zurückgetreten.²³ Offiziell wurden gesundheitliche Gründe für diesen Schritt genannt. Intern wird freilich darüber diskutiert, dass es um die **Finanzen des Landesverbands** schlecht bestellt ist – auch wegen Strafzahlungen nach dubiosen Parteispenden. Gestritten wird auch über die hohen Kosten von Mitgliederparteitagen unter Corona-Bedingungen. Eine solche Veranstaltung soll noch in diesem Jahr stattfinden.

18 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nach-aufforderung-zum-umsturz-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-stefan-raepple.f8eaff09-157e-48a4-810f-d90585a744f3.html>

19 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nach-aufforderung-zum-umsturz-stefan-raepple-immer-noch-auf-fraktionsliste-der-afd.7f45b102-bb50-4991-8833-be8bb9bb37c5.html>

20 <https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article219834702/Raeppele-ist-nicht-mehr-Mitglied-der-AfD-Fraktion.html>

21 <https://www.badische-zeitung.de/dubravko-mandic-tritt-fuer-die-afd-im-wahlkreis-loerrach-an>

22 <https://www.badische-zeitung.de/freiburger-afd-stadtrat-dubravko-mandic-wegen-noetigung-verurteilt>

23 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/afd-schatzmeister-100.html>

Bayern

- Der **Landesparteitag der AfD in Greding** ist in Gefahr geraten.²⁴ Das zuständige Landratsamt Roth könnte die Auflage erlassen, dass maximal 100 Teilnehmer zugelassen sind. Dagegen würde die AfD vermutlich vor Gericht vorgehen. Sie hat bislang für den 21. November einen Mitgliederparteitag geplant. In einer Veranstaltungshalle sowie in einem Zelt im Außenbereich sollten bis zu 750 Teilnehmende Platz finden. Die AfD will zwei Posten in der Führung nachbesetzen. Diskutiert werden soll zudem über die Frage, ob für die Listenaufstellung zur Bundestagswahl abweichend von der bisherigen Praxis im kommenden Jahr nur zu einem Delegiertenparteitag eingeladen werden soll.²⁵

Berlin

- Der Notvorsitzende des Landesverbandes, der Europaabgeordnete **Nicolaus Fest**, hat einen **Kurswechsel der Berliner AfD** angekündigt.²⁶ Während sein Vorgänger Georg Pazderski die Partei unter dem Label eines „Berliner Wegs“ rasch koalitions- und regierungsfähig machen wollte, erklärte Fest: „Der Berliner Weg ist abgebrochen.“ Er sei zwar einmal eine Option gewesen – „ist aber im Augenblick nicht weiter zu begehren“. Fest will den offiziell aufgelösten „Flügel“ stärker einbinden. Die AfD brauche „alle Seiten, Fraktionen und Lager“, erklärte er. Fest will selbst für den Landesvorsitz kandidieren.
- **Kay Nerstheimer**, der bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 mit 26 Prozent in Lichtenberg ein Direktmandat für die AfD in geholt hatte, ist **der NPD beigetreten**.²⁷ Er selbst habe sich politisch nicht verändert, sagte Nerstheimer. Er wechsele nun zum „Original“. Die AfD werde „langsam eine Systempartei wie jede andere“. Nerstheimer war 2016 gar nicht erst in die neugebildete AfD-Fraktion aufgenommen worden, weil er früher für die extrem rechte „German Defence League“ aktiv gewesen war und angegeben hatte, eine rechte Miliz aufbauen zu wollen. Zudem hetzte er gegen Homosexuelle und Geflüchtete. Die AfD schloss ihn im Januar 2020

24 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/landkreis-roth-ringgen-um-afd-parteitag-1.5114102>
<https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Parteitag-soll-kleiner-ausfallen-doch-die-AfD-wehrt-sich-dagegen-id58525181.html>

<https://www.donaukurier.de/lokales/hilpoltstein/covid-19-AfD-Landesparteitag-auf-der-Kippe;art596,4713426>
<https://www.nordbayern.de/region/hilpoltstein/streit-um-afd-parteitag-roth-pruft-beschränkungen-1.10595875>

25 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayerische-afd-haelt-an-parteitag-im-teil-lockdown-fest,SFyXgjX>

26 <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/11/afd-berlin-radikalisierung-rechts-nicolaus-fest.html>
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-rechts-offen-warum-berlins-afd-chef-fest-signale-an-den-fluegel-sendet/26603168.html>

27 <https://taz.de/NPD-Ueberlaeufer/!5723840/>
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/2016-fuer-die-afd-direkt-gewaehlt-berliner-abgeordneter-kay-nerstheimer-tritt-der-afd-bei/26611348.html>
<https://www.belltower.news/parteiwechsel-in-berlin-von-afd-zu-npd-wer-ist-kay-nerstheimer-106839/>

aus. Nerstheimer ist sechsfach vorbestraft, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung, Betrug, Fahrerflucht, Fahren ohne Fahrerlaubnis und Verletzung der Unterhaltspflicht.

Brandenburg

- **Hans-Christoph Berndt** (64) ist neuer Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion.²⁸ Er folgt auf **Andreas Kalbitz**, der sein Amt im August abgegeben hatte, nachdem er seinem Parlamentarischen Geschäftsführer Dennis Hohloch mit einem heftigen Hieb einen Milzriss zugefügt hatte. Berndt ist Vorsitzender des vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Vereins „Zukunft Heimat“. Beim Landesparteitag, der die Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt hatte, hatte er nach Kalbitz das zweitbeste Ergebnis erzielt. Landesverfassungsschutzchef Jörg Müller sagte, Berndt sei wie sein Vorgänger ein „erwiesener Rechtsextremist“. Eine Richtungsentscheidung war die Wahl des Fraktionschefs nicht. Berndt galt zuletzt als Björn Höckes Favorit für das Amt. Auch seine beiden Gegenkandidaten Hohloch und Birgit Bessin gehörten zu den engsten Kalbitz-Vertrauten. Berndt setzte sich im dritten Wahlgang mit elf zu sieben Stimmen gegen Hohloch durch. Bessin war im zweiten Wahlgang ausgeschieden.
- Auf **Antrag von AfD und NPD** hat das Landesverfassungsgericht das **Paritätsgesetz für rechtswidrig erklärt**.²⁹ Das Gesetz schrieb vor, dass abwechselnd gleich viele Frauen und Männer auf den Listen für die Landtagswahlen kandidieren müssen. Eine gesetzliche Verpflichtung, Landeslisten paritätisch zu besetzen, verstoße aber nicht nur gegen die Freiheit der Parteien, sondern auch gegen die Gleichheit und Freiheit der Wahl als Ausdruck des Demokratieprinzips, befand das Gericht in seinem einstimmig beschlossenen Urteil. Das Paritätsgesetz greife unzulässig in die Wahlvorschlagsfreiheit der Parteien ein. Eine politische Partei sei frei in der Gestaltung ihrer Ziele. Keine Bevölkerungsgruppe könne aus dem Demokratieprinzip den Anspruch ableiten, entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil proportional im Parlament repräsentiert zu werden. Zudem sei die passive Wahlrechtsgleichheit verletzt, wenn der Zugang zu bestimmten Listenplätzen für bestimmte Kandidaten von vorneherein ausgeschlossen sei.

28 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/chef-des-rechtsextremen-vereins-zukunft-heimat-hans-christoph-berndt-wird-neuer-afd-fraktionsvorsitzender-in-brandenburg/26311536.html>
<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/10/brandenburg-berndt-neuer-afd-fraktionschef.html>
<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/10/afd-brandenburg-fraktion-fuehrung-spitze-kalbitz-hohloch-bessin-berndt-rechtsextrem.html>

29 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/brandenburg-verfassungsrichter-kippen-paritaetsgesetz-a-e00f07c3-9fd1-47c1-8f57-640964ba9d7e>
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/marlene-grunert-berlin-17016966.html>

Bremen

- Der Versuch, Streitigkeiten im AfD-Landesverband mit einem Vergleich aus der Welt zu schaffen, ist vor einer Zivilkammer des **Landgerichts Bremen** gescheitert.³⁰ Der Landesvorsitzende **Peter Beck** und der Schatzmeister **Mertcan Karakaya** gehen juristisch gegen 20 Mitglieder des Landesverbandes vor. Die Beck-Gegner – darunter die Abgeordneten **Frank Magnitz und Thomas Jürgewitz** – sollen dem Vorstand nicht mehr Vorteilsnahme im Amt, Bestechlichkeit, finanzielle Unregelmäßigkeiten und Kontakte ins rechtsextremistische Milieu vorwerfen dürfen. Die Vorsitzende Richterin empfahl bei einem ersten Termin eine gütliche Einigung. Doch dafür sind die Gräben offenbar zu tief. Beck: „Ein Vergleich mit diesen Menschen kommt nicht infrage.“ Eine Entscheidung will das Gericht nun Anfang Dezember verkünden. Unterdessen gibt es neuen Streit über die Gerichtskosten, weil für die Prozesskosten von Beck und Karakaya der AfD-Landesverband aufkommt.

Hamburg

- **Alexander Wolf**, AfD-Fraktionschef in der Bürgerschaft, hat in einer Parlamentsdebatte das Infektionsschutzgesetz wegen der darin aufgeführten Kompetenzen des Bundesgesundheitsministeriums mit dem **Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten** verglichen.³¹ Hamburgs Verfassungsschutzchef Torsten Voß wies darauf hin, dass Wolfs Aussagen als Relativierung der „Ermächtigungsgesetze, die Grundlage für die Abschaffung der Gewaltenteilung und Grundlage für die Machtergreifung Adolf Hitlers gewesen sind“, angesehen werden könnten.³² Wolf beschrieb seine Rede, die für heftige Proteste schon während der Bürgerschaftssitzung gesorgt hatte, als „sachlich“. Er habe juristisch argumentiert und „davor gewarnt, dass nicht zu viel Macht vom Parlament auf die Exekutive verlagert werden darf“.

Hessen

- Die AfD-Landtagsfraktion hat den Bensheimer Abgeordneten **Rolf Kahnt** (75) ausgeschlossen.³³ Der pensionierte Gymnasiallehrer ist Alterspräsident des Landtags und war früher AfD-Landesvorsitzender. Der Frankfurter Abgeordnete Rainer Rahn (68), gegen den ebenfalls ein Ausschlussantrag vorlag, darf hingegen bleiben. Rahn

30 https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-zivilstreit-innerhalb-der-bremer-afd-endet-ohne-einigung-_arid,1942845.html

<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/afd-bremen-gericht-streit-100.html>

31 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article218822054/Corona-in-Hamburg-Rekord-bei-Neuinfektionen-Tsentscher-zu-Lockdown.html>

32 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article218987880/Hamburg-Aussagen-von-AfD-Politiker-Wolf-sind-Thema-fuer-Verfassungsschutz.html>

33 <https://www.hessenschau.de/politik/landtag/streit-in-der-afd-landtagsfraktion-einer-muss-raus-einer-darf-bleiben,afd-fraktion-ausschluss-100.html>

war bei der Landtagswahl vor zwei Jahren Spitzenkandidat seiner Partei. In seinem Fall wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. AfD-Fraktionschef Robert Lambrou hatte beiden vorgeworfen, egozentrisch und nicht teamfähig zu sein. Dem Duo war zudem vorgehalten worden, nur selten oder gar nicht zu Fraktionssitzungen zu erscheinen, sich nicht an Fraktionsregeln zu halten und auch andere Aufgaben nur ungenügend wahrzunehmen. Kahnt kündigte juristische Schritte gegen den Rauswurf an.³⁴

Mecklenburg-Vorpommern

- Wegen der Corona-Bestimmungen, die Großveranstaltungen ausschließen, hat die AfD ihren für Anfang November geplanten **Landesparteitag in Neubrandenburg** kurzfristig abgesagt.³⁵ Von der Überlegung, das Treffen auf dem Weg über die Gerichte zu „erklagen“, habe die Partei Abstand genommen, weil dies teuer sei und es wegen der knappen Zeit eventuell nicht mehr möglich gewesen wäre, das Jahnsportforum parteitagstauglich umzurüsten, sagte AfD-Landessprecher Leif-Erik Holm. Die AfD hatte in Neubrandenburg ihre Listen für die Bundestags- und die Landtagswahl im kommenden Jahr aufstellen wollen. Holm hatte vor, sich als Spitzenkandidat für den Bund küren zu lassen. Nikolaus Kramer, Fraktionschef im Landesparlament, strebt die Spitzenposition für die Liste zum Landtag an. Dabei wird nicht ausgeschlossen, dass „Flügel“-Exponent Ralph Weber Kramer den Platz streitig machen könnte.

Niedersachsen

- Die **Mediation, die zur Neubildung einer AfD-Landtagsfraktion führen sollte, ist gescheitert.**³⁶ Sechs der ursprünglich neun Abgeordneten, die 2017 für die Partei ins Parlament eingezogen waren, wollen nun als Gruppe weiterarbeiten. Erweiterte Rechte sind mit einem Gruppenstatus nicht verbunden. Für die Bildung einer Fraktion wären sieben Mitglieder nötig. Die sechs Abgeordneten gaben der ehemaligen Fraktionschefin **Dana Guth** und ihren beiden Mitstreitern die Schuld am Scheitern der Gespräche: Das Trio habe kein Interesse an einer Neugründung der Fraktion gezeigt. Gegen Guth und den Abgeordneten **Stefan Wirtz** sei ein Parteiausschlussverfahren auf den Weg gebracht worden, teilte AfD-Landeschef Jens Kestner mit. Der dritte „abtrünnige“ Abgeordnete Jens Ahrends ist inzwischen selbst aus der AfD ausgetreten (siehe weitere Meldung). Guth, Wirtz und

34 <https://www.hessenschau.de/politik/landtag/afd-politiker-will-gegen-rauswurf-aus-landtagsfraktion-klagen,landtag-afd-ausschluss-reaktion-kahnt-100.html>

35 <https://www.nordkurier.de/neubrandenburg/afd-sagt-landesparteitag-in-neubrandenburg-ab-0341264811.html>
<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Teil-Lockdown-bringt-Parteien-in-MV-unter-Druck,coronavirus3508.html>

36 https://www.nwzonline.de/politik/afd-in-niedersachsen-gruppe-statt-fraktion_a_50,10,3121615588.html
<https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/article230819038/AfD-im-niedersaechsischen-Landtag-Fraktions-Neugruendung-scheitert.html>

Ahrends kündigten an, eine Gruppe „Konservative Demokraten im Niedersächsischen Landtag“ bilden zu wollen.³⁷

- **Jens Ahrends**, einer der drei Abgeordneten, die im September die AfD-Fraktion verlassen hatten, hat nun auch seinen Austritt aus der Partei erklärt.³⁸ Im Landtag will er als partei- und fraktionsloses Mitglied bleiben. „Die Alternative für Deutschland hat die Chance verpasst, sich von dem jetzt aufgelösten, gesichert rechtsextremen Flügel zu trennen, stattdessen gewinnen dessen ehemalige Anhänger in den Ländern, bis hin zur Bundesspitze immer mehr Einfluss und Macht“, kritisiert Ahrends in seinem Austrittschreiben.
- Der AfD-Landesverband hat Ende Oktober eine **Kampagne gegen staatliche Corona-Maßnahmen** gestartet.³⁹ Mit Flyern und Plakatwagen will die Partei vier Wochen lang gegen Corona-Beschränkungen und die Maskenpflicht mobil machen. Unter dem Motto „Schluss mit der Corona-Panik!“ fordert die AfD unter anderem: „Atmen wir frei und reichen uns die Hand!“ Darüber steht die Frage: „Denken Sie noch – oder gehorchen Sie schon?“ Die Maßnahmen gegen das Coronavirus seien überzogen, erklärte der Landesvorsitzende Jens Kestner. Risikogruppen müssten zwar geschützt werden, aber dadurch dürften nicht alle „drangsaliert“ werden. Der Landtagsabgeordnete **Stephan Bothe** sagte bei der Vorstellung der Kampagne, es gebe gar keinen Gesundheitsnotstand. Schließlich seien nur 105 Menschen in Niedersachsen auf einer Intensivstation im Krankenhaus.

Saarland

- Die Saar-AfD kommt nicht zur Ruhe. 29 Mitglieder **fechten beim Bundesschiedsgericht den Parteitag an**, der Anfang Oktober den Bundestagsabgeordneten Christian Wirth zum neuen Landesvorsitzenden wählte.⁴⁰ Insgesamt listen sie in ihrer Antragsschrift 17 angebliche Fehler bei der Durchführung des Parteitags auf. So habe der zuvor amtierende Notvorstand seine Kompetenzen überschritten, weil er auch über eine neue Satzung abstimmen ließ. Zudem seien mindestens 20 Mitglieder zum Parteitag zugelassen worden, obwohl sie mit Beitragszahlungen in Rückstand gewesen wären.
- **Gemeinsam mit der AfD bringen CDU, SPD und Linke einen Gesetzentwurf in den Landtag ein**, um die Rechte des Parlaments in der Corona-Pandemie zu stärken.⁴¹ Der Entwurf ist Ergebnis einer Arbeitsgruppe zur Stärkung des Parlaments. In ihr sind alle Fraktionen vertreten. In dem Gesetzentwurf geht es unter anderem um

37 <https://www.zeit.de/news/2020-11/11/afd-abgeordnete-gruenden-zweite-gruppe-im-landtag>

38 <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/2156998/ex-afd-abgeordneter-ahrends-tritt-aus-partei-aus>

39 <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/AfD-Mit-Plakatwagen-und-Flyern-gegen-Corona-Massnahmen,afd2654.html>

<https://www.zeit.de/news/2020-11/02/spd-fraktionschefin-ruegt-afd-kampagne-gegen-corona-massnahmen>

40 https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/29-afd-mitglieder-fechten-saar-parteitag-an_aid-54338035

41 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saarland-cdu-spd-und-linke-bringen-gesetz-gemeinsam-mit-afd-ein-a-Off090be-f664-4aeb-a522-89b623902016>

eine Befristungen für Verordnungen der Landesregierung, um Aufhebungsrechte des Landtags und Berichtspflichten für die Landesregierung.

Sachsen

- Anders als zunächst angekündigt will die AfD nun doch nicht beim Verfassungsgericht gegen die **Kürzung ihrer Kandidatenliste bei der Landtagswahl 2019** klagen.⁴² Mit Blick auf die Belastungen durch die Corona-Pandemie erklärte ein Sprecher der Partei, es sei den Bürgern „nicht vermittelbar, gerade in dieser Zeit eine Wiederholung der Landtagswahl zu erzwingen“. Zu erwartende Neuwahlen würden den Steuerzahler zudem mehrere Millionen Euro kosten. Die AfD wies Vorwürfe zurück, sie würde auf die Klage nur verzichten, weil sie bei einer Wahlwiederholung Stimmenverluste befürchte.

Schleswig-Holstein

- (Stand: vor geplantem Parteitag am 21. November) Wegen der Corona-Lage hat die Stadt Neumünster eine Auflage erlassen, die den für Ende November geplanten **Landesparteitag der AfD** in Gefahr bringt (siehe dazu auch Meldung unten beim DGB-Bezirk Nord).⁴³ Die Partei hatte am 21. November eine neue Landesspitze wählen wollen. Tags darauf sollte die Liste für die Bundestagswahl aufgestellt werden. Während die Stadt die Veranstaltung am 22. November ohne Teilnehmerbeschränkung erlaubte, weil bei der Nominierung der Bundestagskandidaten Fristen zu beachten seien, genehmigte sie für den ersten Veranstaltungstag maximal 100 Teilnehmer. Der AfD-Landesvorstand geht mit einem Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht gegen die Auflage vor.⁴⁴
- **Ihren Fraktionsstatus hat die AfD im Kieler Landtag** nach dem Austritt des Abgeordneten **Frank Brodehl** verloren. Stattdessen soll das verbliebene AfD-Trio nun als „Zusammenschluss“ anerkannt werden.⁴⁵ Dies wirkt sich auf finanzielle Leistungen, Redezeiten im Plenum und die räumliche Ausstattung aus. Dem Trio steht künftig das Rederecht zu drei Tagesordnungspunkten pro Sitzungstag zu.

42 <https://www.saechsische.de/sachsen/landtagswahl-darum-will-sachsens-afd-nicht-klagen-5311361-plus.html>

43 <https://www.rtl.de/cms/afd-landesparteitag-ungewiss-auflagen-der-stadt-neumuenster-4649038.html>

44 <https://www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/14617242/eilantrag-afd-will-auflagen-fuer-landesparteitag-kippen/>

45 <https://www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/14603578/afd-landtagsabgeordnete-als-zusammenschluss-anerkannt/>

Thüringen

- Die Thüringer Verfassungsrichter entscheiden am 10. Februar über eine **Klage der AfD-Landtagsfraktion gegen Corona-Verordnungen der Landesregierung aus den ersten Monaten der Pandemie.**⁴⁶ „Wir haben keine Corona-Krise, wir haben eine Lockdown-Krise“, hatte der stellvertretende parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, **Stefan Möller**, die Normenkontrollklage begründet. Höcke selbst hatte Anfang November im Landtag erklärt, mit Tests könnte man eine „künstliche Pandemie erzeugen“. Einen Versuch der AfD, Teile der Regeln vor der Hauptverhandlung per Eilantrag außer Vollzug zu setzen, hatte das Verfassungsgericht bereits im Juni abgewiesen.
- Die AfD hat ihren Fraktions- und Parteichef **Björn Höcke als Mitglied der G-10-Kommission** vorgeschlagen, die Überwachungsaktionen des Verfassungsschutzes kontrolliert. Im Landtag fiel er zweimal durch. Im ersten Wahlgang kam er auf 24, im zweiten Wahlgang auf 23 Stimmen. Die AfD-Fraktion zählt 22 Mitglieder.⁴⁷

46 <https://www.otz.de/leben/recht-justiz/afd-corona-ist-kuenstlichen-pandemie-verfassungsrichter-entscheiden-im-februar-id230892154.html>

<https://www.insuedthueringen.de/region/thueringen/thuefwthuedeu/AfD-ruft-Verfassungsgericht-wegen-Corona-Verordnungen-an;art83467,7462376>

47 <https://www.zeit.de/news/2020-11/12/afd-schlaegt-hoecke-fuer-kontrolle-von-geheimdienstarbeit-vor>

VIII. Internationales

- Ungarns Ministerpräsident **Viktor Orban** droht mit einem **Veto gegen den EU-Haushalt und das europäische Corona-Wiederaufbaupaket**.⁴⁸ Orban stört sich am **Rechtsstaats-Mechanismus**: Bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards soll die Kürzung von EU-Mitteln möglich sein. Das Verfahren würde darauf hinauslaufen, dass Mitgliedsländer wie Ungarn unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit von Brüssel „erpresst“ werden könnten, erklärte der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyas. In einem Schreiben an EU-Ratspräsident Charles Michel hielt Orban fest, sein Land habe „keine andere Wahl“, als Haushalt und Corona-Paket abzulehnen. Vor allem den Regierungen in Ungarn und Polen wurde immer wieder vorgeworfen, ihren Einfluss auf die Justiz auszubauen. Die EU-Kommission kritisiert die ungarische Regierung zudem für eine systematische Behinderung und Einschüchterung unabhängiger Medien sowie Mängel bei der Korruptionsbekämpfung.
- **Orban** will auch mit einer Verfassungsänderung die Rechte von Homosexuellen und Transgendermenschen weiter beschneiden.⁴⁹ In der Verfassung soll es künftig heißen, dass „die Mutter eine Frau ist und der Vater ein Mann“. Festgelegt werden soll zudem, dass das Geschlecht eines Menschen allein als jenes zum Zeitpunkt seiner Geburt zu definieren ist. Bereits seit Mai ist es in Ungarn verboten, eine Änderung des Geschlechts bei den Behörden eintragen zu lassen. Die Regierung begründete die Verfassungsänderung damit, sie müsse Kinder vor „neuen, modernen ideologischen Trends in der westlichen Welt schützen, (...) die eine gesunde Entwicklung der Kinder gefährden“. Dem Entwurf der Verfassungsänderung zufolge soll Kindern eine „Erziehung auf Grundlage der Werte von Ungarns christlicher Kultur“ garantiert sein.

48 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-haushalt-eine-huerde-namens-viktor-orban-a-eb02e806-b1ad-450f-a1fc-ea8c00c61e59>

<https://www.fr.de/politik/zoff-mit-ungarn-eu-droht-neue-zerreissprobe-zr-90097752.html>

49 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-viktor-orban-plant-trans-und-homosexuellenfeindliche-verfassungsaeenderung-a-b6ff084a-31d4-4832-89ff-2ca08f301db0>

IX. Entwicklungen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus

- Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) anlässlich des 9. November: „Handeln, bevor wieder Synagogen brennen“

Der Präsident der DIG, Uwe Becker, warnte zum 82. Jahrestag der Reichspogromnacht vor einer gesellschaftlichen Gleichgültigkeit gegenüber einer stärker werdenden Judenfeindlichkeit. „Der 9. November sollte uns immer Erinnerung und Mahnung zugleich sein. Dieser Tag war nicht der Beginn des nationalsozialistischen Terrors gegen Juden, sondern markierte den Übergang von der Entrechtung, Enteignung und Unterdrückung in den industriell organisierten Massenmord. Der Nationalsozialismus ist nicht plötzlich über Deutschland hereingebrochen. Es war ein schrecklicher Prozess von einer entmenslichten Gesellschaft in die absolute Unmenschlichkeit und mit den brennenden Synagogen verbrannte auch der Rest an Menschlichkeit in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass wir auch heute aufmerksam sind und modernen Formen des Antisemitismus, gerade auch dem israelbezogenen Judenhass, entschlossen entgegentreten“, betonte Becker.

„Leider beobachten wir 82 Jahre nach der Schreckensnacht von 1938 jedoch, dass Judenfeindlichkeit in unserem Land, wie überall in Europa, wieder am Erstarken ist. Und leider findet wieder eine viel zu schnelle Gewöhnung der Gesellschaft an antisemitisches Verhalten, an Judenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit, an Schmierereien und damit an die Bedrohung jüdischen Lebens bei uns statt. Auch Israelhass wird von interessierten Kreisen öffentlich demonstriert. Dagegen müssen wir als Gesellschaft aufstehen, uns für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus einsetzen und dabei ist jede und jeder einzelne gefordert. Wir alle müssen handeln, bevor wieder Synagogen brennen“, so Becker.

Gewalt gegen Juden gab es schon vor dem 9. November 1938. Bis dahin haben Boykotte, Berufsverbote, Nürnberger Rassegesetze und andere Schikanen Juden das Hierbleiben bereits unerträglich gemacht. Mit dem 9. November 1938 begann die systematische Arierisierung Deutschlands.

„Der Holocaust wurde von Menschen an Menschen verbrochen, von Nachbarn an Nachbarn. In den Städten und Gemeinden sind die Verwaltungen zu willfährigen Apparaten des nationalsozialistischen Terrors geworden. Nein, die Kommunen in unserem Land haben ihre jüdischen Bürgerinnen und Bürger nicht geschützt, sie haben sie verraten und sind an ihnen schuldig geworden. Umso mehr erwächst daraus die Verantwortung, für die Zukunft jüdischen Lebens in unseren Städten und Gemeinden in Deutschland und einzutreten, es zu fördern und zu stärken“, betonte DIG-Präsident Uwe Becker abschließend.⁵⁰

50 PM der DIG e. V., 9.11.2020

- Dokumentation:

Die Initiative „Querdenken“ und ihre Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig

Miteinander e. V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt hat eine Einschätzung zu den Leipziger Protesten veröffentlicht, die wir an dieser Stelle dokumentieren.⁵¹

Am 7. November 2020 folgten etwa 20.000 Menschen dem Aufruf von „Querdenken“ nach Leipzig, um unter dem Motto „Wir für das Grundgesetz“ gegen die Einschränkungen im öffentlichen Leben aufgrund der Corona-Pandemie zu demonstrieren. Unter den Teilnehmenden befanden sich Akteur*innen sehr unterschiedlicher Milieus – Neonazis, Hooligans, „Reichsbürger*innen“, Esoteriker*innen, Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen. Obwohl ein Großteil der Demonstrierenden sich nicht an die Auflagen und die Hygienevorschriften hielt und aus der Kundgebung immer wieder Angriffe auf Journalist*innen ausgingen, ließ die Polizei die Organisator*innen über viele Stunden gewähren und den öffentlichen Raum besetzen. Mit dem folgenden Beitrag werfen wir einen analytischen Blick auf die Verfasstheit der hier auftretenden Bewegung und den Verlauf der Demonstration in Leipzig.

Leipzig als Protestplattform

Die ursprünglich in Baden-Württemberg ansässige Initiative „Querdenken“ hat mittlerweile bundesweit regionale Ableger bekommen, die unter ähnlichen Namen auftreten und vielerorts beinahe wöchentlich zu Kundgebungen mobilisieren. Auch in Sachsen-Anhalt gibt es entsprechende Akteur*innen, die z.B. in Magdeburg, Halle, Naumburg und Quedlinburg regelmäßig zu Protesten aufrufen. Zugleich bemüht sich „Querdenken“ auch mit zentralen Aktionen symbolische Wirkung zu entfalten, um die gesellschaftliche Sichtbarkeit des Protests zu erhöhen. Für eine mobilisierende Erfahrung politisierter Selbstwirksamkeit der „Querdenker“ macht es einen qualitativen Unterschied, in der eigenen Stadt oder Region zu demonstrieren, oder sich zu einer bundesweiten Aktion mit mehreren zehntausend Menschen zu versammeln. So hat sich die Initiative nach Berlin auch Leipzig als bundesweite Protestplattform ausgesucht.

Politik der Bilder

Sowohl in Berlin als auch in Leipzig setzte „Querdenken“ auf eine Politik der Bilder und der medialen Repräsentanz. Mit dem Brandenburger Tor, dem Reichstagsgebäude in Berlin sowie dem Augustusplatz und dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig wurden gezielt jene Orte für eine öffentliche Inszenierung gewählt, die als Bildikonen der deutschen Geschichte große symbolische Wirkung entfalten können. Vor historischer Kulisse inszeniert sich „Querdenken“ als Erbe und Nachfolger von Protestbewegungen. In Leipzig setzten die Organisator*innen der Kundgebung am 7. November 2020 bewusst auf ein politisches Reenactment des Umbruchs in der DDR und

51 Quelle: <https://www.miteinander-ev.de/radikalisierung-des-protests/>

bedienten sich gezielt der Symbole der „Friedlichen Revolution“. So wurden Teilnehmende aufgerufen, Kerzen zu tragen, die u.a. vor der ehemaligen Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig aufgestellt wurden. „Querdenken“ nimmt damit für sich in Anspruch, in der Tradition der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zu stehen und gegen eine vermeintliche „DDR 2.0“ zu kämpfen. Wie bereits in anderen rechten Kampagnen werden dabei die Ostdeutschen erneut zu einem „revolutionärem Subjekt“ verklärt.“

Ideologische Diversität

Das Spektrum der Teilnehmenden an der Demonstration in Leipzig wies eine ideologische Diversität auf. Es reichte von vordergründig unpolitischen Milieus, die lebensweltlich in der Esoterik oder der Anthroposophie verankert sind, über Reichsbürger*innen und Selbstversorger*innen, Impfgegner*innen (Souveränist*innen) bis zu Aktivist*innen der extremen Rechten in der Hooligan- und Kampfsportszene sowie Akteur*innen von NPD und AfD. Ideologisch finden diese sehr unterschiedlichen Milieus unter Schlagworten wie „Corona-Diktatur“, „Impfdiktatur“ oder „Shutdown der Grundrechte“ zusammen. Einer der gemeinsamen Nenner sind dabei Verschwörungserzählungen, die aufgegriffen und angepasst werden. Antisemitisch konnotierte Deutungen der Pandemie und ihrer angeblichen Verursacher*innen sind in der Bildsprache der Transparente und Slogans bei „Querdenken“ ebenso stark präsent, wie jene Plakate, die Prominente aus Politik, Medien und Wissenschaft in Häftlingskleidung zeigen. Hinzu kommen geschichtsverharmlosende Gleichsetzungen der Corona-bedingten Einschränkungen mit der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.

Rechte Mischszene und politische Symbiose

In den gegenwärtigen Analysen wird zurecht diese weltanschauliche und habituelle Diversität des Protests betont. Dennoch ist unverkennbar, dass ideologische Schnittmengen zwischen den verschiedenen Milieus existieren. Sie liegen in der Zustimmung zu antiliberalen, wissenschaftsfeindlichen und autoritären Einstellungen. Zugleich verhalten sich die Akteur*innen von „Querdenken“ symbiotisch zu einander, indem sie aktionistisch zusammenwirken, milieuübergreifend agieren und eine Protestrepräsentanz schaffen, die es in dieser Form bisher nicht gegeben hat.

Bei den „Querdenken“-Protesten handelt es sich mithin nicht um ein „Querfront“-Phänomen – also um das Zusammengehen zuvor unvereinbarer politischer oder weltanschaulicher Positionen – sondern um eine Mischszene, die als Teilmenge der extremen Rechten zu verstehen ist. Die Besetzung des öffentlichen Raumes in Gestalt einer eigentlich untersagten Demonstration um den Innenstadtring Leipzigs sowie die Angriffe auf Journalist*innen und unbeteiligte Bürger*innen (nicht nur) durch Neonazis zeigen, dass die von „Querdenken“ propagierte Friedfertigkeit ihres Protests dort in Gewalt kippt, wo sich die Gelegenheit dazu bietet.

„Querdenken“ als Bewegung

Zweifelsohne hat „Querdenken“ mittlerweile den Status eines Bewegungskerns bereits hinter sich gelassen und formiert sich als heterogene Organisationsstruktur im Sinne einer sozialen Bewegung. Eine Gefahr für unsere

demokratische Gesellschaft geht dabei nicht nur von einem Schulterschluss zwischen militanten Hooligans und Neonazis mit habituell gemäßigt auftretenden anderen Milieus aus, sondern auch von einem möglicherweise wachsenden Mobilisierungspotential. „Querdenken“ könnte sich in seiner strategischen Kommunikation erfolgreich die Geschichte der „Friedlichen Revolution“ in Ostdeutschland aneignen, um mit dieser im Rücken weiterhin Tausende gegen die sogenannte Corona-Diktatur auf die Straße zu bringen. Gefahren für die Gesellschaft ergeben sich auch aus der bewussten Missachtung der Regeln zur Vermeidung von Infektionen und der wissenschaftsfeindliche Negierung der Pandemie. Zugleich werden, wie am 7. November in Leipzig zu sehen, neue Aktionsräume für militante Neonazis geschaffen. Fatal sind in dieser Hinsicht Verharmlosung von „Querdenken“ durch Medien und Politik sowie das bisher weitgehend uneingeschränkte Gewährenlassen auf der Straße durch Polizei und Justiz.

- Corona/Querdenken-Demos: Kurze Anmerkungen und Ideen zu einer möglichen Positionierung des DGB von Robert Günthner, DGB-Bezirk Bayern, 20. November 2020

Einige Kollegen beobachten seit Monaten die Entwicklung der Corona-Demos bundesweit, neunmal hat dieser Austausch bisher stattgefunden. Wir kommen zu vorläufig folgenden Einschätzungen und Empfehlungen:

1. Die „Corona-Demos“ haben im Herbst dieses Jahres einen Höhepunkt erreicht, dies trotz enorm steigender Zahlen sowohl der Corona-Infizierten als auch der in den Krankenhäusern zu Behandelnden.
2. Sowohl die Zahl der Teilnehmenden als auch die regionale Verbreitung übertrifft die Ausdehnung der Pegida-Demos. Selbst in kleineren Ortschaften finden solche Demos, wenn auch nicht regelmäßig, statt.
3. Die Verbindung dieser Demos (was nicht heißt, dass es für jeden einzelnen Teilnehmer zutrifft) und der dort formulierten Inhalte zu rechtsextremen Positionen und Strukturen ist evident. Inhaltlich: Elitenkritik, Aufruf zu neuer Verfassung und Ablehnung der Demokratie, Verschwörungsmythen und Antisemitismus, Antirationalismus, Geschichtsrelativierung.

Strukturen: Beteiligung von Rechtsextremen ohne Probleme, Rechtsextreme und Verschwörungserzähler als Redner, punktuell Verbindung zur AfD (Reichstag), aber auch symbolische Unterstützung durch die AfD in Parlamenten (Plakate, Ablehnung Mundschutz,...).

4. Die Kundgebungen radikalisierten sich: ständige juristische Auseinandersetzungen, Ignorieren der Auflagen, Angriffe auf Journalist_innen und Meinungsfreiheit, verbale Attacken im Bundestag, Aggressivität gegenüber Polizist_innen und die Veranstaltungen sind zwischenzeitlich durch eine gewisse Hybris gekennzeichnet.
5. Diese Demos können den Kern einer neuen, rechten „Massenbewegung“ bilden, an der einerseits die AfD politisch-strategisch anknüpfen oder es zumindest versuchen kann (Corona als neues „Flüchtlingsthema“). Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass daraus rechtes Bewusstsein und rechtsextreme Einstellungen befeuert werden und zwar über die AfD hinaus und möglicherweise radikalisiert.

6. Deshalb ist es zwar auch wichtig, zu beobachten und zu kritisieren, ob und welche Rechtsextreme bei den Demos dabei sind, mindestens genauso wichtig aber sind die politische Einordnung der Demos und die eigenen Positionierungen dazu.

7. Kurz: Diese Kundgebungen sind im Kern antiaufklärerisch, irrational, unsolidarisch, individualistisch, verschwörungssaffin und antisemitisch.

8. Kleiner Hinweis über das mögliche zukünftige politische Gefahrenpotential auch für Gewerkschaften: Im WSi-Policy Brief Nr. 48 vom Oktober 2020 „Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmythen“ stimmen nach der HBS-Erwerbspersonenbefragung 40 Prozent der befragten Erwerbspersonen der These zu: „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“

9. So wichtig die gemeinsame Erklärung der „Allianz für Weltoffenheit“ auch ist, muss sie doch um klare Positionierungen und Maßnahmen (auch aus Binnengründen, siehe Punkt 8) der Gewerkschaften/ des DGB ergänzt werden.

10. Vorschläge:

- Deutliche Positionierung des DGB gegenüber dem Kern der Demos (siehe 7.); auch hier wie bei AfD: Klare Kante. Nach außen und nach innen.
- Inhaltlich solidarische, soziale, rationale Politik der Gewerkschaften kontrastieren. Praktisch zeigen, auch bei Warnstreiks oder öffentlichen Aktionen wie IGM: Demos mit AHA-Regeln sind möglich. Wir machen das!
- Weiterhin und verstärkt mit anderen zusammen: Die Leugnung der Pandemie ist nicht mehrheitsfähig
- Im Bundestagswahlkampf den Zusammenhang von Demokratie und Sozialstaat in den Mittelpunkt stellen; Motto: Sicherheit in der Krise!
- Offensive nach innen: Argumentationsmaterialien, virtuelle Angebote verstärken, KV/SVen einbeziehen
- Räume, Möglichkeiten und Unterstützung für DGB-Kreis- und Stadtverbände, Austausch zu organisieren zu Corona. Wir müssen Ideen entwickeln, konkrete kommunale Hilfen für Alleinlebende in Lockdown-Zeiten zu entwickeln.
- Verbindung „Hier arbeitet ein Mensch“ (in diesem Fall Pflege, Ärzte, Rettungsdienst etc.), um den Corona-Leugnern (auch öffentlich) zu widersprechen. Dazu sind nur wir in der Lage, um die Beschäftigten zu Wort kommen zu lassen.
- Zukunftsdialog: Was heißt „Demokratie erhalten“? Ganz praktisch aus aktueller politischer Situation herleiten und unsere Alternativen stärken.

X. DGB und Gewerkschaften: Aktivitäten, Projekte und Positionen

Wir freuen uns über eure Hinweise zu Aktivitäten, Projekten und Positionen. Wenn uns solche erreichen, nehmen wir sie gerne auf. Daher handelt es sich bei diesem Kapitel um eine Auswahl, beschränkt auf die uns zugesandten Beiträge. Kontakt: serap.yildirim@dgb.de, marc.neumann@dgb.de

DGB-Bundesvorstand

- Anja Piel: "Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das in ein paar Jahren verschwindet"

Mehr Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Sicherheitsbehörden, mehr Beratung und Unterstützung, auch in der Arbeitswelt: Mit 89 Handlungsansätzen will die Bundesregierung den Kampf gegen rechte Gewalt und Rassismus fördern. Ein wichtiger erster Schritt – doch langfristig muss mehr passieren.

„Wir müssen gemeinsam einen neuen gesellschaftlichen Konsens von Respekt und Gleichbehandlung herstellen, der antidemokratisches Verhalten und rassistische Ausgrenzung zurückweist und wo nötig auch sanktioniert“, so Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB.

Die Gewalttaten in Hanau, Halle und der Mord an Walter Lübke als Höhepunkte rechter Gewalt haben die Bundesregierung veranlasst, einen Kabinettsausschuss einzuberufen. Dieser Ausschuss hat am 25.11.2020 einen Katalog von 89 Handlungsansätzen gegen Rechtsextremismus und Rassismus abgestimmt. Neben der Stärkung des fachlichen Austausches zwischen zivilgesellschaftliche Organisationen und Sicherheitsbehörden sollen auch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für diejenigen ausgebaut werden, die von rassistischer oder rechter Gewalt betroffen sind. Auch für die Arbeitswelt sind Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus geplant.

„Dass die Bundesregierung nun bereit ist, in den kommenden Jahren die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechte Gewalt und Rassismus zu fördern, ist ein guter erster Schritt“, kommentiert DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel die Veröffentlichung des Maßnahmenkataloges. „Eine solche Förderung ist langfristig notwendig, denn Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das in ein paar Jahren verschwindet.“

Wir erwarten daher, dass zeitnah Eckpunkte für ein Demokratiefördergesetz vorgelegt werden. Wir müssen gemeinsam einen neuen gesellschaftlichen Konsens von Respekt und Gleichbehandlung herstellen, der antidemokratisches Verhalten und rassistische Ausgrenzung zurückweist und wo nötig auch sanktioniert. Dies muss sich auch in der wirtschaftlichen Transformation, der weiteren Ausgestaltung von demokratischen Verfahren, in staatlichen Strukturen und der Zivilgesellschaft widerspiegeln. Wir müssen dauerhaft an unseren demokratischen Grundwerten arbeiten.“

DGB-Bezirke

DGB-Bezirk Bayern

- Die Allianz gegen Rechtsextremismus begrüßt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bezirksgruppe Mittelfranken herzlich als 400. Mitglied!

„Am 12.10.2020 erklärte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bezirksgruppe Mittelfranken ihren Beitritt zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. Das Koordinierungsgremium der Allianz, das über neue Beitritte entscheidet, hat den Beitritt offiziell bestätigt. Die GdP Bezirksgruppe Mittelfranken ist das 400. Mitglied in der Allianz! Die Mitgliederversammlung 2020 hat in ihrer digitalen Sitzung am 12.11.2020 die anwesende Vertreterin der GdP Bezirksgruppe Mittelfranken, Frau Ulrike Rauskolb-Kunz, mit einer begrüßt und virtuell geehrt. Gerade in diesem Jahr war das Thema Rassismus bei der Polizei weltweit in den Schlagzeilen. In Deutschland sorgten Drohschreiben an Politiker*innen und Anwält*innen unterschrieben mit „NSU 2.0“ für Entsetzen. Die Kontaktdaten der Empfänger*innen wurden illegal von Polizeicomputern abgerufen. „Gerade vor diesem Hintergrund ist es ein wichtiges und deutliches Zeichen, dass die GdP Bezirksgruppe Mittelfranken der Allianz gegen Rechtsextremismus beitrifft und sich mit dem Thema auseinandersetzt. Die GdP zeigt damit klare Haltung und Kante“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz. Auch Ulrike Rauskolb-Kunz, kommissarische Vorsitzende, freut sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit und betont: „Die GdP Bezirksgruppe Mittelfranken positioniert sich klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Um dieses Signal auch nach außen zu tragen, war es für uns wichtig und nur logisch den Beitritt zur Allianz zu erklären. Wir befürworten zudem Studien zum Thema Rassismus bei der Polizei ausdrücklich. Nur so kann eine Diskussionsgrundlage geschaffen, struktureller Rassismus erkannt und nachhaltig bekämpft werden.“

Die Allianz, der Vorstand und das Koordinierungsgremium freuen sich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit der GdP Bezirksgruppe Mittelfranken.“⁵²

DGB-Bezirk NRW

- Demonstration „Solidarität statt Verschwörung und Rassismus“ am Samstag, 21. November in Bochum
- Erfolgreiches Format, das nicht auf Massenmobilisierung setzt: An der Demonstration nahmen etwa 330 Menschen teil. Mehr als 30 Organisationen hatten dazu aufgerufen - u. a. GEW, ver.di, DGB Herne, DGB Bochum,

52 PM vom 13.11.2020

AWO, Jugendring, Essen steht auf, Bündnis Herne, Omas gegen rechts und andere. Es gab mehr als 100 Transparente und Schilder von den Beteiligten, und so entstand ein buntes kreatives Bild mit Abstand und Maske. Auf Reden wurde komplett verzichtet, und nach zwei Stunden wurden die Transparente eingerollt.

Die Medienresonanz war sehr gut. Bereits im Vorfeld hatten Süddeutsche, WAZ, Spiegel online und andere überregionale Medien berichtet. Vor Ort gab es vom Bündnis Herne einen Livestream im Internet und auch auf Twitter viele Berichte. Ein schwedisches Fernsehteam hat ebenfalls Aufnahmen gemacht und den Versammlungsleiter interviewt. Die Sendung wurde am Samstagabend zur besten Sendezeit in Schweden gezeigt.

DGB-Bezirk Nord

Erfolg: Protest des breiten Bündnisses erfolgreich – kein AfD-Parteitag in Neumünster

„Die Absage des Landesparteitags der AfD am 21./22. November in Neumünster ist ein Erfolg des breiten Protests, der sich gegen die Veranstaltung formiert hatte“, sagte Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord. Ein breites Bündnis, bestehend u. a. aus DGB, ver.di, IG Metall und VVN-BdA hatte sich gegen eine Durchführung des Parteitags starkgemacht. Der DGB Nord hatte sich in einem offenen Brief an Oberbürgermeister Tauras gegen die Durchführung des Parteitags in kommunalen Räumlichkeiten ausgesprochen (siehe Monatsbericht Oktober).

„Hetze und Hass dürfen keine Plattform finden – schon gar nicht in öffentlichen Räumen“, so Polkaehn. „Verfassungsfeinde haben in kommunalen Räumen nichts zu suchen. Ich begrüße es deshalb sehr, dass die Stadt Neumünster mit Oberbürgermeister Tauras an der Spitze ihrer Verantwortung gerecht geworden ist und diesem Treiben ein Ende bereitet hat.“

Vor diesem Hintergrund konnte die für den 21. November geplante Kundgebung des Bündnisses abgesagt werden.⁵³

Gewerkschaften

GdP

GdP zu Leipziger "Querdenken"-Demonstration – Radek: Corona-Leugner verzerren das Versammlungsrecht

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert an die Verwaltungsgerichte, sich nicht länger vor den Karren der sogenannten Querdenken-Bewegung spannen zu lassen. Der teils gewalttätige Verlauf der Großdemonstration am Samstag (7. November) in Leipzig sei ein weiteres Beispiel für die Janusköpfigkeit der Veranstalter und der Teilnehmenden, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek am Sonntag in Hannover. Es sei sehr schnell zu erkennen

53 PM DGB Nord, 18.11.2020

gewesen, dass die Tausenden Demonstrierenden nie in Erwägung gezogen hätten, den Auflagen des Verwaltungsgerichts und der Versammlungsbehörde zu folgen. Mitverantwortung für erhöhte Infektionsrisiken trügen jedoch auch diejenigen, die solch offensichtliches Treiben nicht spürbar einschränkten. Bliebe dies weiter aus, käme es zu einem gleichen Szenario bei nächster Gelegenheit, bekräftigte Radek.

„Der auf rechtsextreme Gruppierungen und Hooligans wirkende Sog der Corona-Leugner besorgt mich zutiefst. Es hat den Eindruck, als steige die Aggressivität der Teilnehmenden von Mal zu Mal an“, betonte der GdP-Vize. Die Leidtragenden dessen seien die polizeilichen Einsatzkräfte sowie das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. „Der Voratz, mit dem während solcher Versammlungen und Aufzüge unsere Kolleginnen und Kollegen nicht nur angegriffen, sondern auch in große Gefahr gebracht werden, sich mit dem Corona-Virus anzustecken, macht mich fassungslos“, führte Radek fort. Es sei kaum nachvollziehbar, dass diese Massenversammlungen in Zeiten ständig steigender Infektionszahlen zugelassen würden. Das Einhalten der Pandemieregeln sei unter diesen Bedingungen in einer Innenstadt nicht möglich. Das sollte jedem einleuchten.

Dem schloss sich auch Hagen Husgen, Vorsitzender der GdP Sachsen, an. Die Polizei müsse erneut ausbaden, was andere zu verantworten haben. „Für mich ist es völlig unverständlich, warum man in solchen Zeiten, in denen der Besuch von Sportstadien, Gaststätten oder Kinos verboten ist, eine derartige Demonstration zulassen kann. Und dies zudem noch in der engen Leipziger Innenstadt. Nun hagelt es auch noch aus den Reihen der sächsischen Opposition Kritik am Polizeieinsatz. Ich sage es ganz offen: Unsere Kollegen fühlen sich an der Nase geführt. Sie sind es, die wieder einmal ihren Kopf hinhalten. Und das könnte man auch in stärkeren Worten ausdrücken.“

Radek zufolge ist es höchste Zeit daran zu erinnern, dass die Versammlungsfreiheit kein Kaugummiparagraf sei, den jeder sich, so wie er mag, zurecht legen dürfe. „Der Artikel 8 unseres Grundgesetzes verleiht uns allen ein äußerst wichtiges Grundrecht. Unser aller Verpflichtung ist es jedoch, auch die gesetzlichen Einschränkungen dieses demokratischen Eckpfeilers unserer Gesellschaft zu achten. Das lassen jedoch die Querdenken-Bewegung sowie ihre Mit- und Hinterherläufer schmerzlich vermissen“, verdeutlichte er.

Der GdP-Vize betonte: „Das Wahren der körperlichen Unversehrtheit ist Teil der Sicherheit und Ordnung. Die Freiheit, die unsere Kolleginnen und Kollegen gewährleisten, wird für Attacken auf den Staat missbraucht.“ Vor diesem Hintergrund unterstütze die GdP Vorschläge aus der Politik, ein Lagebild zu erstellen, um genau zu sehen, wer dafür verantwortlich sei.

Radek und Husgen dankten allen eingesetzten Polizistinnen und Polizisten aus Sachsen, von der Bundespolizei und aus mehreren Bundesländern und wünschte den verletzten Kolleginnen und Kollegen eine gute und schnelle Genesung. Sie verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass keiner der Einsatzkräfte infiziert wurde.⁵⁴

GEW

Im Folgenden Einige Linktipps der GEW – vielen Dank dafür!

Handlungshilfen im Umgang mit Verschwörungserzählungen und Angriffen von rechts

Tipps für die pädagogische Arbeit

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/so-laesst-sich-auf-verschwoerungsdanken-reagieren/>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/aufklaerung-und-gegenrede-tipps-fuer-lehrkraefte/>

Wie berichten über Verschwörungserzählungen?

Verschwörungserzählungen haben in der Corona-Krise starken Zulauf. Wie können Medien darüber berichten? Und woran erkennt man solche Erzählungen?

Der MEDIENDIENST Integration hat bei Expert*innen nachgefragt:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-berichten-ueber-verschwoerungserzaehlungen.html>

Wir stärken Dir den Rücken. Was tun, wenn ich bedroht werde?

Immer häufiger artikulieren die Kritiker*innen von Corona-Maßnahmen ihren Unmut nicht nur auf Demonstrationen oder in den sozialen Medien, sondern drohen Beschäftigten an Bildungseinrichtungen via E-Mails oder Zettelbotschaften an privaten PKW.

<https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/was-tun-wenn-ich-bedroht-werde/>

"Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts"

neue Handreichung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (in Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus)

54 https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_Radek-Corona-Leugner-verzerren-das-Versammlungsrecht?open&ccm=000, 8. November 2020

<http://www.der-paritaetische.de/publikationen/druck-aus-dem-parlamenten-zum-umgang-sozialer-organisationen-mit-anfeindungen-von-rechts/>

IG Metall

Horn: „Die Corona-Leugner-Bewegung passt nicht zur IG Metall“

Bayerischer IG Metall-Chef bezieht Position zu Widerständen gegen Corona-Maßnahmen – „Es ist unser Ansporn, Probleme und Herausforderungen zu lösen, statt sich bequem an Verschwörungsmythen zu ergötzen.“

Der bayerische IG Metall-Chef Johann Horn hat bei der digitalen Bezirkskonferenz der IG Metall am heutigen Freitag in München klar Position zu den Widerständen gegen die Corona-Maßnahmen bezogen: „Die Corona-Leugner-Bewegung passt nicht zur IG Metall. Es ist nicht unsere Art, Wissenschaft zu leugnen. Weder beim Klima, noch bei Corona, noch anderswo. Und es ist nicht unsere Angewohnheit, Egoismus auf Kosten anderer zu leben. Im Gegenteil: Die IG Metall ist eine Solidargemeinschaft. Und was uns noch absolut unterscheidet: Es ist unser Ansporn, Probleme und Herausforderungen zu lösen, statt sich bequem an Verschwörungsmythen zu ergötzen.“

Horn sagte weiter zu den 100 digital zugeschalteten Delegierten und weiteren Gästen aus ganz Bayern: „Es ist ein Alarm-Signal, wenn Reichsbürger die Stufen des Reichstags stürmen. Es ist beschämend, wenn sich Studentinnen auf sogenannten Querdenker-Demos mit Sophie Scholl vergleichen und der Holocaust relativiert wird. Es ist erschütternd, dass Esoteriker, Impfgegner und Corona-Leugner so hoffnungslos schmerzbehaftet sind, wenn sie gemeinsam mit Neonazis aufmarschieren. Aber gleichzeitig sind sie so mega sensibel bei einer Maske vor ihrem Gesicht, die andere vor dem Virus schützen soll.“

Von der Münchner Messe aus stimmte Horn die Delegierten aus den bayerischen Betrieben außerdem auf die kommenden Tarifrunden ein. Die Delegierten wählten unter anderem die Tarifkommissionen für die verschiedenen Branchen, die über die Forderungen und Annahmen der Ergebnisse der Tarifrunden beraten und entscheiden.⁵⁵

XI. Termine

Veranstaltungen und Aktionen der DGB-Gliederungen und der Gewerkschaften sowie weitere interessante Angebote (Auswahl)		
Wann	Wer	Was
11.12.2020	Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft	Digitale Fachtagung: Hate Not Found. Die extreme Rechte hat sich spätestens seit 2015 in eine starke Abhängigkeit von den Betreibern von sozialen Medien begeben. Sie sind unerlässlich für die Rekrutierung und Verbreitung der eigenen Inhalte geworden. Die Fachtagung beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Einschränkungen. Ohne Anmeldung zugänglich: https://www.facebook.com/ALEX.berlin.de/
bis 28.2.2021	ElDe-Haus Köln, NS-Dokumentationszentrum	Ausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ des US Holocaust Memorial Museum Washington, Köln
Wegen der Pandemielage und der damit verbundenen Einschränkungen können Präsenzveranstaltungen nur eingeschränkt stattfinden. Einige Hinweise haben uns vor dem erneuten „Lockdown light erreicht“, Absagen dazu jedoch nicht. Wenn ihr Hinweise zu später geplanten Veranstaltungen oder zu Online-Formaten (Webinare, Web- oder Podcasts) habt, nehmen wir sie gerne in den Monatsbericht auf.		

XII. Studien, Bücher und Lesetipps

- Die Corona-Pandemie hat inzwischen weltweit über eine Millionen Todesopfer gefordert und eine große Zahl an Ländern wirtschaftlich in die Rezession befördert. Auch hierzulande sind die ökonomischen Einschnitte mit zwischenzeitlich beispiellosen 7,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit und einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2020 um über 10 Prozent. Deutschland kam im internationalen Vergleich bezüglich der Verbreitung des Virus bislang noch verhältnismäßig glimpflich davon – sofern man bei immerhin mehr als 300.000 Infektionsfällen und knapp 10.000 Todesopfern von solchen Beschreibungen sprechen kann. Ungeachtet der weiterhin erheblichen gesundheitlichen Gefahr, die durch das Virus ausgeht, scheinen jedoch mittlerweile mehr Menschen eine große Unzufriedenheit bezüglich der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu hegen. Während

zu Beginn der Pandemie nur wenige kritische Stimmen zu vernehmen waren, formierten sich in den letzten Monaten zahlreiche Menschen, die Zweifel an der Existenz des Virus haben und die obskure Verschwörungsmythen oder zumindest große Unzufriedenheit mit den politisch verordneten Einschränkungen des öffentlichen Lebens teilen. Zuletzt gipfelte diese Unzufriedenheit in medial sehr präsenten Demonstrationen in Berlin, an denen am 29. August 2020 geschätzte 40.000 Menschen teilnahmen (Der SPIEGEL 2020). Zu besonders großer öffentlicher Aufmerksamkeit führte diese Demonstration, da mehrere Hundert Protestierende – darunter auch zahlreiche Rechtsextreme – euphorisiert bis zum Eingang des Reichstages vordrangen und dadurch für breites Entsetzen in weiten Teilen der Politik und Gesellschaft sorgten.

Der vorliegende Policy Brief erkundet, basierend auf Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung, wie weit kritische Einstellungen zum Umgang mit der Corona-Krise unter den Erwerbspersonen in Deutschland verbreitet sind. Dies umfasst Zweifel an den einschränkenden Maßnahmen, Unterstützung der Anti-Corona-Proteste bis hin zum Teilen von Verschwörungsmythen. Da die Befragten zu mehreren Zeitpunkten ihre Einstellungen äußerten wird zudem betrachtet, inwiefern sich die Zustimmung zu diesen Einstellungen im Laufe der Pandemie zwischen April und Juni geändert hat – bei wem steigen also im Verlauf der Pandemie die Zweifel und die Unzufriedenheit an? (Aus der Einleitung) **Andreas Hövermann: Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmythen.** Erkenntnisse aus zwei Wellen der HSB-Erwerbspersonenbefragung 2020 zu Einstellungen zur Pandemie und den politischen Schutzmaßnahmen. Policy Brief Nr. 48 des WSI der Hans-Böckler-Stiftung, **Düsseldorf 2020.**

- Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) feiert sein 30-jähriges Bestehen und gibt eine neue Veröffentlichung heraus: „In einem Reader werden Kontinuitäten und neue Perspektiven der letzten 30 Jahre präsentiert, die sich sowohl sprachlich als auch konzeptionell niederschlagen. So wurde IDA 1990 als Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Gesellschaft gegründet. Aus den 'AusländerInnen' wurden danach ausländische Mitbürger*innen, Menschen mit Migrations-hintergrund und -geschichte sowie schließlich Menschen mit Rassismuserfahrungen und BI-POC*. Aus der Antirassismuserbeit wurde die rassismuskritische Bildungsarbeit, die auch eigene rassistische Prägungen in den Blick nimmt und die Bekämpfung des Rassismus nicht von der Selbstreflexion und eigenen Verwicklung entlastet. Im ersten Kapitel werden gesellschaftliche Entwicklungen wie völkischer Nationalismus im rechtspopulistischen Gewand, die Frage der Neutralität in der politischen Bildung, die Auswirkungen des Anschlags von Hanau auf rassistisch diskreditierbare Menschen, anti-asiatischer Rassismus in Zeiten von Corona, die Identitäre Bewegung in Deutschland und die Erinnerungsarbeit nach rassistischen Anschlägen diskutiert. Das zweite Kapitel stellt wichtige Arbeitsfelder wie die rassismuskritische Öffnung von Jugendverbänden oder einen rassismuskritischen Sprachgebrauch, sowie die Vielfalt-Mediathek, das IDA-NRW und die Opferberatung Rheinland vor. Für das dritte Kapitel hat IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker Kooperationspartner*innen des IDA interviewt. Das vierte Kapitel entführt die Lesenden optisch auf eine Reise durch 30 Jahre Cover der IDA-Reader,

durch Flyer und weitere Veröffentlichungen.“ **Ansgar Drücker (Hg.): Kontinuitäten und neue Perspektiven. Düsseldorf 2020.** Online erhältlich.⁵⁶

- Keine sechs Jahre nach dem Ende des Holocaust schrieb Theodor W. Adorno, einer der bekanntesten Vertreter der Kritischen Theorie, in seiner Schrift *Minima Moralia*: „Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.“ Der Philosoph und Soziologe wollte mit dieser schlichten Definition das formulieren, was kennzeichnend für den Antisemitismus ist und sich häufig hinter der Verbreitung von Verschwörungsideologien verbirgt: Das Konstruieren einer homogenen Gruppe, der pauschal negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Das Wort „Gerücht“ drückt zugleich etwas „Heimliches“ aus, etwas, das im Verborgenen passiert. Ein Geheimnis also, von dem nicht alle Menschen wissen sollen oder dürfen. Sogenannte Verschwörungsmythen kommen selten ohne Antisemitismus aus – und umgekehrt. Das zeigen nicht zuletzt aktuelle verschwörungsideologische Diskurse um SARS-CoV-2. Wie das Virus, so breiten sich weltweit in ebenso rasanter Geschwindigkeit Geschichten um dessen Herkunft und Ursprung aus. Das „Gerücht“, nach dem die Krankheit von einer geheimen Macht erfunden worden oder harmlos sei, glauben in den USA viele Menschen bis hin zum amtierenden Präsidenten Donald Trump, und sie haben inzwischen auch in Deutschland Hochkonjunktur. Insbesondere die extreme Rechte versucht, sich diesen Verschwörungsmythos zunutze zu machen. So entwickelte sich von den Vereinigten Staaten ausgehend ein neues Phänomen, das zum Synonym für viele Verschwörungsideologien wurde. Das Schlagwort hinter diesem Phänomen lautet: QAnon (aus der Einleitung). **Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (Hg.): QAnon: Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln. Berlin o. J. (2020).**
- Jürgen Rieger war ein fanatischer Rassist. Jahrzehntlang wirkte der Hamburger Rechtsanwalt als Netzwerker und Agitator im gewalttätigen Neonazismus. Seine Ideologie basierte auf den rassistischen und antisemitischen Vorstellungen nordisch-religiöser Splittergruppen. Durch provokante Auftritte wurde Rieger zu Lebzeiten eine prominente Figur. Mit seinen Schriften und den von ihm organisierten Treffpunkten arbeitete er gleichzeitig als Brückenbauer, der alte und junge Nazis zusammenbrachte. Anhand seiner Biografie lassen sich entscheidende Aspekte der Zeitgeschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus nachvollziehen. **Christoph Schulze: Rassismus in nationalsozialistischer Tradition. Der Neonazi Jürgen Rieger (1946–2009). Berlin 2020.**
- Die Neue Rechte in der Bundesrepublik hat seit einiger Zeit verstärkt Themen von Erziehung und Bildung im Fokus, was in eine erziehungswissenschaftliche Reflektion für das 21. Jahrhundert einzubeziehen ist (vgl. Baader 2019). Dass auch Erziehung und Bildung bei der „großen Regression“, die seit einigen Jahren die „geistige Situation der Zeit“ charakterisiert (Geiselberger 2017), eine Rolle spielen, kommt in den entsprechenden Analysen bislang dennoch eher wenig vor und soll deshalb in diesem Beitrag in den Blick genommen werden. Um welche Themen es dabei genau geht und woran angeknüpft wird, steht im Mittelpunkt des Beitrages, der sich

56 https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2020_IDA_Kontinuitaeten.pdf

insbesondere auf „Umerziehung“, „Genderideologie“, Familie und „Frühsexualisierung“ konzentriert. Diese Themen werden – neben Migration, Flucht und Islam – zu Feldern eines Kulturkampfes erklärt, mit neuen Deutungshoheiten versehen, emotional aufgeladen und für Mobilisierungsstrategien genutzt (aus der Einleitung). **Meike Sophia Baader: Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter.** In: Binder U./Oelkers J. (Hg.): Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts. **Wiesbaden 2020.**